

Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmt. Einzelnummer 0.25 zł, mit illust. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Posener Tageblattes, Poznań, Zwierzyńska 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanrschrift: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Poznań) i Wydawnictwo, Poznań. Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50%, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Rosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyńska 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Rosmos Sp. z o.o., Poznań).

Original
Getreidemäher
Mc. Cormick
Grasmäher mit Handableger
Ersatzteile
Karl Kobernik,
Landmaschinen
Rogoźno. Tel. 20.

70. Jahrgang

Freitag, 17. Juli 1931

Nr. 161

Frankreich will Deutschlands Zusammenbruch

Um ein wirtschaftliches Versailles — Französische Erpressungen — Politisch hartnäckig — wirtschaftlich kurzfristig — Abwarten — Gestern rief Frankreich Deutschland zur Selbsthilfe — heute nennt es die Selbsthilfe eine Unmaßung — Die Regierungsmaßnahmen in Deutschland — Kommt Dr. Schacht wieder?

Berlin, 15. Juli.

Die Lage in den letzten 24 Stunden hat weder eine Entspannung noch eine weitere Anspannung erfahren. Sie ist kurz dahin zu charakterisieren, daß Deutschland und Frankreich ihren „wirtschaftlichen Stellungs-krieg“ weiter führen, Frankreich wie bisher durch Sabotage der internationalen Kreditbemühungen, Deutschland durch Maßnahmen der Selbsthilfe und der strikten Ablehnung politischer Forderungen. Das bedeutet in keiner Weise, daß die deutsche Regierung die Anregungen Amerikas und Englands zu einer deutsch-französischen Verständigung ablehnt. Wenn aber Frankreich zur Paralysierung der wirtschaftlichen Folgen, die der Hoover-Plan nach sich ziehen muß, nunmehr die politische Unterwerfung Deutschlands verlangt, so werden diese Bemühungen schon infolgedessen keinen Erfolg haben können, als logischerweise niemand in der Welt den Ausweg aus einem militärischen Versailles in einem wirtschaftlichen Versailles sehen könnte.

Es steht nun fest, daß Frankreich das, was heute in Deutschland geschehen ist, nicht nur gemollt, sondern seit langem vorbereitet hat. Der Washingtoner Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ widerlegt heute die französische Propaganda in Amerika, die mit dem Argument arbeitet, daß die deutsche Regierung selbst einen Marktkollaps wolle. Schon vor Wochen, gleich nach dem Hoover-Manifest, seien nach Amerika Privatnachrichten gelangt, daß die Tatsachen gerade umgekehrt liegen. Ein mit der Ansicht offizieller Pariser Kreise sehr vertrauter amerikanischer Korrespondent führte schon damals aus, daß die französische Regierung einen deutschen Zusammenbruch für notwendig halte, um eine Wende in der deutschen Politik im Sinne der französischen Wünsche herbeizuführen. Man habe natürlich eine deutsche Befreiung vor dem Zusammenbruch gewünscht. Aber wenn es nicht anders gehe, dann wolle man diese Befreiung durch eine Katastrophe erzwingen.

Indessen schon durch die sich überfüllenden Ereigniszeilen erweist sich, daß die französische Regierung politisch ebenso hartnäckig, wie wirtschaftlich kurzfristig ist. Schon jetzt macht sich eine katastrophale Lage in Holland, Dänemark und in den Ost- und Südosträumen Europas bemerkbar, die einesteils auf den deutschen Markt für landwirtschaftliche Produkte angewiesen sind, andernteils die gesamten Kredite für ihre Wirtschaft über die deutschen Finanzkanäle bezogen. Von allen Seiten kommen Nachrichten, daß diejenigen ausländischen Händler, die Zahlungen in Mark ablehnten, ihre der Fälligkeit ausstehenden Produkte zu Schlenderpreisen auf die eigenen Märkte werfen mußten, und somit ihre eigenen Landwirtschaften sehr bald in eine Lage ohne Ausweg bringen müßten. Gleichzeitig kommen Nachrichten von einem Zusammenbruch der Preise, auch für verschiedene Rohstoffe und Industrieprodukte, für die vor allem Deutschland als Abnehmer in Frage kam. Diese Sachlage dürfte eine unerträgliche Verschärfung erfahren, wenn erst die deutsche Industrie zur Herbeischaffung von Devisen und Mitteln zur Sicherung der Lohn- und anderen notwendigen Zahlungen gezwungen sein wird, ihre Waren zu Dumpingpreisen auf den Markt zu werfen. Verschiedene Banken in Oesterreich, Ungarn, Lettland, Holland, Danzig, die in direkter Abhängigkeit von deutschen Großbanken stehen, haben ihre Schalter geschlossen, und die Regierungen dieser Länder sind zum Teil gezwungen gewesen, ähnliche Verfügungen zur Garantie der Einlagen vorzunehmen, wie sie die deutsche Regierung erlassen hat. Eine Reihe amerikanischer, englischer, aber auch französischer und schweizer Banken stände vor dem Zusammenbruch, wenn die deutschen Banken endgültig gezwungen sein würden, die Zahlungen an das Ausland einzustellen. Der Allfiedienst ist aus New York: „Wallstreet ist darauf vorbereitet, daß Deutschland in den nächsten Tagen ein generelles Moratorium erklärt. Man sieht voraus, daß dieses Moratorium ganz Zentraleuropa miteinfaßt wird. Man verheißt sich nicht, daß die Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft empfindlich sein werden, da Deutschland gezwungen sein würde, seinen Auslandsabfah durch Dumpingpreise zu forcieren, um Devisen zu erhalten.“ Die

Londoner „Times“ sehen die Lage nicht weniger pessimistisch an: „Der finanzielle Zusammenbruch Zentraleuropas hat begonnen, und wenn keine wirksamen Maßnahmen, ihm zu begegnen ergriffen werden, wird seine Weiterausbreitung unvermeidlich sein.“

Unterdessen hat die Reise des englischen Außenministers Henderson nach Paris die politische Bewegung außerhalb Deutschlands wieder in Gang gebracht. In London wird besonderer Nachdruck auf die Tatsache gelegt, daß Macdonald und Henderson ihre Reise nach Berlin nicht verschoben haben. Henderson, der auf der Ueberfahrt nach Calais gelagert haben soll, er wolle eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen, wird heute nachmittag mit dem Ministerpräsidenten Laval und mit Briand sprechen. Laval hat gestern, außer mit dem Finanzminister Lalande und dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, auch mit dem Budgetminister Picoté eine lange Unterredung gehabt. Der „Matin“ weiß zu berichten: „Die französische Regierung bleibt in Wartestellung, falls eine neue Wendung eintritt.“ In Paris scheint man zu glauben, daß diese Wendung durch das Eintreffen des Staatssekretärs Stimson eintreten könnte, der „zwar in der Finanzverhandlungen nichts zu sagen hat, aber aus Rom interessante Anregungen zur Abstützung mitbringen kann.“ Bezeichnend ist, daß dieselben französischen Blätter, die noch vor einigen Tagen Deutschland anrieten, aus eigener Kraft den Ausweg zu suchen, nunmehr das selbständige Vorgehen Deutschlands einer Kritik unterziehen, indem sie es als Beweis dafür heranziehen, daß Deutschland sich weigere, nach dem Willen der internationalen Finanz zu verfahren. Der „verständigungsbedürftige“ Vertraute Louchours, Marcel Ren, erhofft daher nach der Unterredung Hendersons mit Briand ein Communiqué, in dem beide Minister erklären, sie wären der Ueberzeugung, daß es für Deutschland gefährlich sein würde, das Ziel nicht in der Solidarität mit Europa, sondern in der Trennung von Europa zu sehen. Wer zwischen den Zeilen der französischen Presse zu lesen versteht, wird in dieser neuesten Drohung immerhin auch schon eine Note der Furcht vor den Konsequenzen der eigenen Erpressungspolitik herauslesen können.

Das Reichskabinett ist heute in engerem Kreise zusammengetreten, um den Vorläuf der

Notverordnung zu beschließen, die unter dem Titel „Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Wirtschaft und Finanzlage“ am heutigen Abend des zweiten Bankfeiertages veröffentlicht werden soll. Die Verordnung enthält eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen:

1. Herabsetzung der Deckungsgrenze für die deutsche Währung von 40 auf 30 Prozent, mit der Möglichkeit einer Erhöhung des Notenumlaufs um eine Milliarde;
2. Notverordnung zur Regelung des Devisenverkehrs. Wahrscheinlich ist die Schaffung einer Devisenzentrale, in der die Devisenanforderungen des Inlandes, aber auch des Auslandes einer verlässlichen Überprüfung unterzogen werden;
3. Verordnung zur Regelung des Geldverkehrs. Voraussichtlich werden Abhebungen von den Bankkonten auf einen bestimmten Prozentsatz beschränkt werden, was einem Teilmoratorium gleichkäme. Möglich ist eine Notverordnung gegen Kapitalflucht.

Die Schwierigkeiten hierfür bestehen vor allen Dingen noch darin, daß die Meinungen stark auseinandergehen, welche Maßnahmen tatsächlich das flüchtige Kapital zur Rückkehr zwingen könnten. Außerdem dürfte es zu rigorosen Kreditrestriktionen, wie auch zu einer erheblichen Erhöhung der Diskontsätze kommen. Bezeichnend ist, daß manche maßgebende Kreise die Erhöhung des Diskontsatzes um das Doppelte, ja um das Dreifache verlangen, da der Markt aus der Mark nur gekauert werden könne, wenn die Zinsen für die Devisenbeschaffung teurer zu stehen kommen, als die Spekulation mit Devisen Gewinn abwerfen kann. Es dürfte auch ein Währungs-kommissar ernannt werden. Ausichtsreicher Kandidat für diesen Posten scheint der ehemalige Reichshauptpräsident Schacht zu sein. Es ist aber auch möglich, daß Schacht, der als der kommende Mann gilt, weil Amerika das größte Vertrauen zu ihm hat, einen anderen Posten erhalten wird. Heute liefen sogar Gerüchte um, daß Schacht wiederum an die Stelle Luthers treten solle, der seinen Rücktritt erklärt habe. Dr. Luther soll der Posten des Wirtschaftsministers angeboten worden sein. Es ist bisher noch nicht zu übersehen, wieviel die Gerüchte um Schacht den Tatsachen entsprechen. An amtlicher Stelle wird verifiziert, daß von derartigen Plänen nichts bekannt sei.

Die deutschen Regierungsmaßnahmen

Neue Notverordnungen — Henderson und Macdonald — Und Paris?

(Telegramm unserer Berliner Vertretung)

Pr. Berlin, 16. Juli.

Mit einer Reihe von Notverordnungen hat die Reichsregierung einige einschneidende Maßnahmen getroffen. Der Zahlungsverkehr ist wieder aufgenommen, jedoch in recht beschränkter Maße; denn die Inhaber privater Konten bekommen ihre Gelder bis Montag nächster Woche nicht ausgezahlt, und alle verfügbaren Vorräte werden für Löhne, Gehaltszahlungen, für die Zahlung der Steuern usw. reserviert. Außerdem wird ein Devisenmonopol der Reichsbank erklärt, mit dem eine Devisenverordnung Hand in Hand geht, die den Devisenverkehr nach den amtlichen Kursen regelt und schwere Gefängnis- und Geldstrafen für die Uebertretung dieser Verordnung vorsieht. Weiterhin ist von den Maßnahmen vor allem die Diskonterhöhung erwähnenswert. Der Diskont ist von 7 auf 10 Prozent, der Lombardzinsfuß von 8 auf 15 Prozent erhöht worden. Von der Reichsregierung werden gezielte Maßnahmen ergriffen und vorbereitet, die darauf hinarbeiten, wichtige Zweige der Privatwirtschaft in die Einflußsphäre des Staates einzuziehen.

beziehen. Gemeint ist hier eine Aufsicht über die Banken, in denen der Staat noch weit größere Rechte haben soll, als es bei den Versicherungsgesellschaften und Transportunternehmen schon jetzt der Fall ist. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie dort, wo sie haften soll, auch Einfluß und Kontrolle haben muß.

Inzwischen werden die diplomatischen Verhandlungen in Paris weitergeführt. Frankreich scheint nun seine Forderungen aufgestellt zu haben, die erstens in substantiellen Garantien, dann aber auch in politischen Garantien bestehen. Die Agentur Havas gibt ein Communiqué heraus, das einigermaßen optimistisch klingt.

Henderson wird sich von Berlin, wo er am Donnerstag mit Macdonald weilte, nicht direkt nach London begeben, sondern wieder nach Paris zurückfahren. Man versprach sich von seiner Vermittlung einen gewissen Erfolg, ist aber recht pessimistisch geworden. Aus England kommt die Nachricht von großen Verlusten der City. Von der Pariser Börse wird ein Zusammenbruch verschiedener Papiere gemeldet.

Glück und Ende eines deutschen Herrscherhauses

Zur 13. Jahreswende der Ermordung des letzten Romanow.

Von Dr. v. Behrens

Eigentlich wurde am 17. Juli 1918 kein Romanow, sondern ein Sproß des herzoglichen Geschlechts Holstein-Gottorp ermordet, da in den Adern der Petersburger Kaiserfamilie, laut genauen Berechnungen eines Familienforschers, kaum ein vierhundertachtzigster Teil des Geblütes Peter des Großen (1689—1725), welcher in Wirklichkeit der letzte Zar aus dem Hause Romanow war, floß. Seit 1761, dem Todesjahre der Kaiserin Elisabeth (1742 bis 1761), der Tochter Peter des Großen, saßen auf dem Throne der Zwane und Waffels die Nachkommen des Herzogs Karl Friedrich von Holstein-Gottorp — aus dessen Ehe mit Anna, der anderen Tochter Peter des Großen. Es war ein schmachtiger Knabe namens Karl Peter Ulrich, der 1761 die Zarenkrone von seiner Großtante Elisabeth Petrowna erbte, seine lutherische Konfession mit dem byzantinischen Glauben vertauschte und sich an das Erlernen der Moskowiter Sprache, ohne besonderen Fleiß weder in der einen, noch in der anderen Richtung zu zeigen, machte.

Seine Nachfolger auf dem Throne der Zaren: sein Sohn Paul I. (1798—1801), seine Enkel Alexander I. (1801—1824), und Nikolaus I. (1824—1856), sein Ur-enkel Alexander II. (1856—1881), sein Urenkel Alexander III. (1881—1895) und dieses letzteren Sohn Nikolaus II. (1895 bis 1917), waren alle mit deutschen Fürstentöchtern vermählt, wenn auch die Mutter Nikolaus II., Dagmar von Dänemark, eine glühende Feindin des preussischen Königshauses war: sie konnte ihm den Verlust Schleswig-Holsteins an Preußen nie verzeihen!

Die Umgebung der norddeutschen Hafenstadt Kiel, in der im Jahre 1728 Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, der spätere „Zar Peter III. Feodorowitsch“, geboren war, hatte in den Schicksalen des Russenreiches und der Entstehung des Weltkrieges eine bedeutende Rolle gespielt. Von hier aus erstrahlte für Rußland zuerst die westliche deutsche Kultur, von dem kleinen herzoglichen Geschlecht getragen in die Moskowiterwälder, die vom Großen Peter Romanow nur ganz oberflächlich ausgerodet worden ist. Und von hier, von der Jütischen Halbinsel, kamen die ersten Samen des Weltbrandes, der Rußland noch heute verzehrt, getragen durch eine dänische Prinzessin, die gegen alles Deutsche ihre Ränke aus Rache ihr Leben lang schmiedete.

„Wenn ich diesen russischen Bären (Alexander III.) heirate, so nur zu dem Zwecke, damit ich meinem geliebten Dänemark die ihm geraubten Länder zurückgeben kann!“

Heute:

Leitartikel: Glück und Ende eines deutschen Herrscherhauses. — Frankreich will Deutschlands Zusammenbruch. — Die deutschen Regierungsmaßnahmen. — Verkrachte Bau-„Genossenschaft“. — Polen und die deutsche Finanzlage. — Weitere Reduktionen in den staatlichen Aemtern. — Beruhigung der Auffassung im Ausland. — Wirtschaftliche Selbsthilfe. — Die Erschließung des Irak-Petroleums. —

1. Beilage:

Weltpolitische Beobachter. — Deutsche im Ausland. — Deutsche Menschen ohne Heimat.

So sagte Dagmar 1876. Sie hielt ihr Wort 1918. Aber sie bezahlte es mit dem Leben ihrer Söhne und mit dem Leben von fünf Enkelkindern im selben Jahre!

Die Nacht 16./17. Juli 1918 in Zarskoe Selo, in der Nikolaus II., Kaiserin Alix (von Hessen), deren vier Töchter, der Thronfolger Alexius und etliche bis zur letzten Stunde der Zarenfamilie treugebliebenen Hofbeamten auf Befehl der Kommunistenführer erschossen worden sind, wird für alle Zeiten ein unvergessliches Datum bleiben. In jener Sommernacht wurde ein blutrotes Punktum am Schluß eines langen blutigen Kapitels gestellt, das Zarismus hieß und die politisch-territoriale Einheit von halb Europa und einem Drittel Asiens verkörperte. Erst wenn das Britenreich ebenso urplötzlich zusammenbrechen sollte, würde dieses erschütternde Ereignis verbleiben.

Denkt man an die Gründe, aus denen das russische Weltreich in einer so unerwarteten Weise mit samt seiner Dynastie und seinen heiligsten Ueberlieferungen unterging, nach, so kommt man zur Ueberzeugung, daß das eurasische Völkermosaik, das dem Zepher des Hauses Holstein-Gottorp („Romanow“) untertan war, von ihnen nur sehr mangelhaft zusammengeknüpft war. Diese Abkömmlinge eines kleinen norddeutschen Fürstenhauses haben bei einem Weltteil, den sie zu regieren hatten (seit Peter III. 1763—1768), solche zentralistische-militärische Verwaltungsmethoden angewandt, die gewiß ganz gut in einem unbedeutenden mitteleuropäischen Staate mit einheitlicher Bevölkerung wären, aber in einem Riesenimperium notwendigerweise zur Tyrannenwirtschaft und — zu einem darauffolgenden Volkswutausbruch führen mußten. Wollen wir uns daran erinnern, wie die Freiheiten ganzer Kulturenationen, wie z. B. der Georgier im Kaukasus, der Moldawanen in Bessarabien, der Kosaken Ukrainas, der Finnen, der Esten, der Polen und der Israeliten, die diesen Völkern feierlich versprochen waren, systematisch gekürzt wurden. Würden die Zaren den zentralistischen und national-russifizierenden Bestrebungen ihres Beamtentums Einheit getan haben, so würden sie den Polen, den Esten, den Schweden, Juden und Russen ihre Autonomie erhalten haben, und dann würde es wahrscheinlich keine Staline, Trozkis und Dzerzinskis in den führenden Kreisen Sowjetrußlands heute geben. Alle diese Männer, die wohl russisch klingende Namen (als Maske) sich angelegt haben, gehen doch ganz offensichtlich auf den vollständigen kulturellen und politischen Ruin Rußlands aus! Die Rache ist süß.

Die Nemesis, die Göttin der geschichtlichen Rache, schaltet in Rußland seit jener greulichen Sommernacht unaufhaltsam. Es kürzt im Russenvolke nicht nur das Nationalgefühl und jeglicher Staatsstolz, sondern sogar die Familie und die Kirche zusammen; ja sogar der Name „Rußland“ wurde ausgemerzt: es gibt ja kein „Rußland“ mehr; es gibt nur internationale verbundene sozialistische „Räte-Staaten“ an dem Orte, wo der kaiserliche Doppeladler die Weltmacht des Russentums vor 13 Jahren noch stolz kennzeichnete.

Die Holsteiner waren wenig geeignet, ein buntes Weltreich in richtiger Weise zu lenken. Das war der Fluch der Vererbung, die durch bloßes Erbsen der holsteinischen Wappensfarben (Schwarz-Gold-Weiß) durch das slawische Weiß-Blau-Rot 1867 nicht abzuschaffen war! Man möchte sich Romanow-Turjew Zacharin in allen Schulbüchern nennen lassen; deshalb blieb man doch nur Sproß eines biedereren, aber immerhin nur unbedeutenden Herzogengeschlechts, dessen Stammland Gottorp kleiner als ein Zehntel eines beliebigen der 105 russischen Gouvernements war.

Luden die Petersburger Zaren den Fluch der von ihnen bedrückten Minderheitenvölker auf ihre Häupter dadurch, daß diese in ihnen die Träger der Russifizierung, der unbarmherzigen Revellierung — und der konfessionellen Bzantinisierung erblickt, so verstanden sie das Vertrauen des Herrschervolkes wiederum nie zu gewinnen. Der Grund dafür lag abermals in der Abstammung der Petersburger Zaren; wie fanatisch und wie chauvinistisch sich ein Nikolaus I., ein Alexander III. und Nikolaus II. auch gebärdeten, kein Erzruße wollte recht daran glauben, daß die Zarenfamilie eine Russenfamilie ist. Die Millionen sogenannter „Mitgläubiger“ — Kernrussen — lehrten in

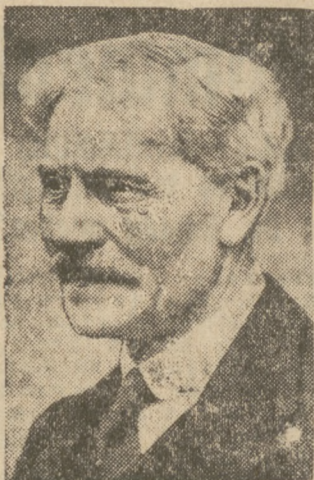
ihrem Katechismus, daß „die jetzigen Zaren vom Antichristus abstammen“ und keine richtigen Russen und Christen sind! Die krankhaften Demonstrationen der Zarenfamilie, welche verschiedene Dermische (Rasputin!) nach almoskowitzscher Hofart zu ihren Schutzpatronen machte, fand im Volke wenig Anklang. Die Seele des moskowitzschen Orients wollte sich den „Njemzi“ nicht anschließen. Das Volk blieb kalt.

Die Umbenennung der nach holländischem Muster erbauten Reichshauptstadt Petersburg mit dem stokrussischen Namen Petrograd (1910) rief bei den Stokrussen nur ein Lächeln hervor. Das Volk glaubte an die Aufrichtigkeit der nationalen und religiösen Gesinnung der „falschen Romanow“ sogar dann nicht, wenn die Zarenfamilie zu den Heiligengräbern nach Kiew, Sarow

usw. wallfahrten ging. Der „Fluch der deutschen Abstammung“ lastete auf den „Romanow“. In ihrem Bestreben, in dem Russentum sich ganz aufzulösen, begannen die Zaren nun alles Deutsche (dem sie ihre besten Beamtenkräfte und die treuesten Stützen des Thrones verdankten!) zu mißachten, zu verspotten und zu hassen. So mußte man zu einem Zusammenstoß mit Deutschland gelangen.

Als nun der große tönernen Topf mit dem kleinen eisernen zusammenprallte, da mußte der große Russentopf in Stücke zerfallen; mit ihm zerfiel die Dynastie der „Romanow“ von „Petrograd“!

So ging die Zarenfamilie durch Verrat am eigenen Geblüt zugrunde. . . . Welche erschütternde Exempel hat hier die Nemesis der Nachwelt statuiert!



Zum Besuch der englischen Staatsmänner in Berlin
Der englische Premierminister Macdonald (links) und Außenminister Henderson treffen am Freitag zu einem Gegenbesuch in Berlin ein.



Weitere Reduktionen in den staatlichen Ämtern

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 16. Juli. Gestern haben alle staatlichen Ämter und die einzelnen Ministerien Anordnungen erhalten, daß die verheirateten Frauen, deren Männer in Ämtern oder staatlichen Unternehmungen beschäftigt sind, entlassen werden sollen. Diese Maßnahme ist auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates und eines Rundschreibens des Ministerpräsidenten erfolgt, das im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen erlassen wurde. Außerdem ist in der Anordnung festgelegt worden, daß in Fällen, wo mehrere Familienmitglieder in Ämtern oder staatlichen Unternehmen beschäftigt sind, nur ein Familienmitglied weiter beschäftigt werden darf, während die anderen entlassen werden sollen. Das betrifft sowohl die Geistesarbeiter als auch die physischen Arbeiter.

Tatsache ist, daß in zahlreichen Ämtern und Ministerien mehrere Familienmitglieder arbeiten.

Im Zusammenhang mit dieser Anordnung der Regierung sprach gestern bei dem Ministerpräsi-

denten Prystor eine Delegation der weiblichen staatlichen Angestellten und Beamten vor. Die Frauendelegation protestierte dagegen, daß man in erster Linie die weiblichen Angestellten reduzieren wolle, und wies darauf hin, daß vor der Verfassung alle Bürger gleich seien und man deshalb bei der Entlassung von Beamten nicht besondere Rücksichten des Geschlechts, sondern nur solche der Eignung im Beruf gelten lassen müsse. Ministerpräsident Prystor antwortete darauf, daß die Beamtenreduktion nicht besonders die Frauen betrafte, sondern begründet sei in der Entlassung selbst solcher Beamten, die Familien haben und auf den Unterhalt dieser Familie angewiesen sind. Um diese vor allen Dingen vor der Entlassung zu schützen, müsse eben zu der Entlassung solcher Beamten geschritten werden, die Familienmitglieder sind und in deren Familien ein anderes Mitglied genug erwirbt, um die Familie unterhalten zu können.

Polen und die deutsche Finanzlage

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 16. Juli. Die Finanzlage in Polen im Zusammenhang mit der deutschen Krise hat bisher eine wesentliche Verschlechterung nicht erfahren. Der offizielle Dollarkurs ist allerdings gestern weiterhin gestiegen und wurde auf 9,10 festgelegt. Im Privathandel zahlte man für den Dollar bis 9,15. Auch die anderen Devisen zeigten eine leichte Erhöhung, jedoch waren die Anforderungen von Devisen nicht sehr groß und es konnte allen Anforderungen seitens der Bank Polsti entsprochen werden. Der letzte Defizitenausweis der Bank Polsti, der gestern veröffentlicht wurde, zeigt allerdings eine weitere Verringerung der Devisen, um 25,2 Millionen auf 205,2 Millionen Zloty. Dadurch hat sich auch die Deckung der polnischen Währung wieder etwas

verringert, ist jedoch noch immer weit über Statutendeckung.

Auf Grund der Schließung der Börsen in Deutschland hat das Verkehrsministerium angeordnet, daß an den polnischen Eisenbahnlinien deutsches Geld nicht mehr angenommen wird. Bisher wurde an polnischen Eisenbahnlinien ausschließlich polnisches Geld, im Freistaat Danzig auch Danziger Geld angenommen, an einigen Grenzstationen konnte man aber polnische Fahrkarten mit deutschem Gelde lösen. Diese Möglichkeit ist nunmehr durch die Verordnung des Verkehrsministeriums aufgehoben worden. Die Verordnung wird damit begründet, daß es den polnischen Eisenbahnlinien nicht mehr möglich sei, den Wert des deutschen Geldes zu kontrollieren, da die deutsche Mark gegenwärtig nicht notiert würde.

Washington hoffnungsvoller in bezug auf die deutsche Lage

London, 16. Juli. (R.) „Reuter“ meldet aus Washington, die Lage in Deutschland sei gestern im Weißen Hause als viel hoffnungsvoller betrachtet worden.

Sir Basil Bladett für Zusammenarbeit aller Zentralbanken und Regierungen

London, 16. Juli. (R.) Sir Basil Bladett, einer der Direktoren der Bank von England, sagte gestern Abend in einem Rundfunkvortrag über „Die Lage in Deutschland“ u. a.: „Es ist noch nicht zu spät, die Lage zu retten. Aber auch, wenn die jetzige Krise überwunden ist, wird nur energisches Vorgehen und gemeinsame Zusammenarbeit aller Zentralbanken und Regierungen der Welt imstande sein, das Vertrauen wieder herzu-

stellen, von dem allein der Fortschritt im 20. Jahrhundert abhängt.“

Englischer Optimismus über die Lage in Deutschland

London, 16. Juli. (R.) Die Morgenpresse billigt einmütig die von der deutschen Regierung getroffenen Notmaßnahmen. Der Finanzkorrespondent der „Morningpost“ sagt: Die deutschen Finanzbehörden haben durchaus nicht ihre Bemühungen aufgegeben, das Vertrauen wieder herzustellen. Die Nachrichten aus Deutschland zeigen wahrheitsgemäß, daß die Lage, wenn auch mit durchgreifenden, so doch mit gesunden Mitteln behandelt wird und wenn das deutsche Publikum nur veranlaßt werden kann, den Kopf nicht zu verlieren und die Währung sorgfältig kontrolliert bleibt, dann ist kein unüberwindliches Hindernis für eine allmähliche Besserung der Lage zu sehen. Der Berliner Korrespondent der „Times“ meldet:

Erklärungen Castles

zur deutschen Wirtschaftslage

Washington, 15. Juli. (Reuter. R.) Der Unterstaatssekretär Castle erklärte heute: Die Vereinigten Staaten wollen nicht in irgend welche Lage im Zusammenhang mit der Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an Deutschland verwickelt werden, und das Direktorium der Bundesreservebank wird keinen Kredit an Deutschland erwägen, außer in Verbindung mit allen Zentralbanken einschließlich der französischen. Castle fügte hinzu, den Banken der Welt müßte gezeigt werden, daß Deutschland sein Aeußerstes tue, um sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen, bevor sie Unterstüßungspläne erwägen würden. Er sagte ferner, die französische Regierung erkläre, daß sie Deutschland nicht direkt zu politischen Zugeständnissen in Verbindung mit der Gewährung finanzieller Hilfe aufgefordert habe.

Vorverlegung der Abrüstungskonferenz?

London, 16. Juli. (R.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, er höre, daß man die Veröffentlichung der Denkschrift der französischen Regierung über die Abrüstungsfrage, die schon früher hatte erfolgen sollen, aufgeschoben habe, um sie vorher Henderson als dem Präsidenten der kommenden Abrüstungskonferenz vorzulegen. Dies sei gestern geschehen. Der Korrespondent sagt, es sei klar, daß Frankreich entschlossen sei, jedes neue deutsche Panzerschiff mit einem Gegenkriegsschiff zu beantworten. Dies würde vernichtend für den Londoner Flottenvertrag sein und die Flottenverhandlungen zwischen Frankreich und Italien ernstlich gefährden. In Paris frage man sich jetzt, ob es nicht gut wäre, das Datum der Abrüstungskonferenz vorzuzerlegen oder vielleicht sogar eine besondere Vorverlegung abzuhalten.

Laval lehnt den Vorschlag einer Regierungskonferenz ab

Paris, 16. Juli. (R.) Bei den gestrigen Besprechungen zwischen Staatssekretär Henderson und den französischen Ministern ist, wie verschiedene Blätter berichten, auch die englische Anregung, im Anschluß an die Sachverständigenkonferenz am kommenden Montag eine Regierungskonferenz abzuhalten, zur Sprache gebracht worden. Ministerpräsident Laval hat „Deure“ zufolge eine derartige Einladung abgelehnt unter Hinweis darauf, daß schon die Expertenkonferenz vom 17. Juli ihm unter den heutigen Umständen wenig Interesse zu bieten scheine. Ähnlich äußert sich „Journal“, das fragt, ob die Engländer sich wirklich einbilden, es würde genügen, die leitenden Staatsmänner um einen Konferenztag zu sammeln, um die Realitäten zu beseitigen, deren eine Auswirkung die deutsche Krise sei.

Trauer um Soederblom

Reichspräsident von Hindenburg hat an den König von Schweden folgendes Telegramm gerichtet: „Zu dem schweren Verluste, den das schwedische Volk und seine Kirche durch den Heimgang des ehrwürdigen Erzbischofs von Upsala, Dr. Soederblom, erlitten hat, darf ich Eurer Majestät mein herzlichstes Beileid übermitteln. Dem Verbliebenen wird Deutschland um seines selbstlosen, menschenfreundlichen Wirkens willen stets ein dankbares Gedenken bewahren.“

Dem verstorbenen Erzbischof Soederblom widmet der Vorsitzende des ökonomischen Rates für praktisches Christentum, Lordbischof von Winchester, die folgenden Worte des Gedenkens: „Die Kirche Christi hat einen ihrer größten Führer verloren. Er war Begründer und treibende Kraft jener Bewegung, die mit der Stockholmer Konferenz begann, zugleich einer der einflussreichsten Friedensstifter Europas. Sein Lebensziel war Bruderschaft unter den Völkern und Bruderschaft unter den Kirchen. Sein Leben und sein Charakter gründeten sich auf das Evangelium Jesu Christi. Sein Verlust wird in ganz Europa und Amerika betrauert werden, und nicht zuletzt in England, wo ihn kennen auch ihn lieben hieß.“

Die Beerdigung Soederbloms findet am Sonntagabend in Stockholm statt.



Friedrich Paner gestorben

Der letzte kaiserliche Bizekanzler, Geheimrat Friedrich von Paner, ist im Alter von 84 Jahren in Stuttgart gestorben. Als Vertreter seiner schwebischen Heimat gehörte er jahrzehntelang dem Reichstag und gleichfalls lange Jahre hindurch dem württembergischen Landtag an, dessen Präsident er fast zwei Jahrzehnte gewesen ist.

Der Bevölkerungszuwachs in Polen

Polnische Zeitungen berichten, daß der Zuwachs der Bevölkerung in Polen im Laufe der letzten 12 Jahre (1. Januar 1919 bis 1. Januar 1931) 18,5 Prozent beträgt, und zwar ist die Bevölkerungszahl in dieser Zeit von 26 282 290 auf 31 147 616 gestiegen. Während der letzten 9 Jahre, d. h. seit der letzten Volkszählung, ist die Einwohnerzahl Polens um 13,4 Prozent oder um 3 676 432 Köpfe gestiegen. Der jährliche Zuwachs betrug 408 492 oder 1,5 Prozent.

Natürlich ist der Bevölkerungszuwachs in den verschiedenen Teilen des Staates verschieden groß. Am größten ist er natürlich in den östlichen Wojewodschaften, die von Weißrussen und Ukrainern bewohnt werden. Dort beträgt er nämlich 2,6 Prozent. In den Zentralwojewodschaften 1,5 Prozent, in den südlichen Wojewodschaften 1 Prozent und in den westlichen Wojewodschaften gar nur noch 0,9 Prozent.

Kleine Posener Chronik

em. Das schwere Gewitter, das gestern in den Abend- und in den Nachstunden über unsere Stadt zog, führte zu einem Blizschlag in das Gebäude der Filiale 20/21, wobei die elektrische Anlage und eine Radioeinrichtung verbrannten.

X Professor Dr. St. Dobrzynski f. Am Dienstag verstarb nach längerer Krankheit St. Dobrzynski, der seit dem Jahre 1919 ordentlicher Professor an der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität gewesen ist. Er hatte den Lehrtitel der polnischen Literaturgeschichte inne. Er war im akademischen Jahre 1920/21 Dekan seiner Fakultät und 4 Jahre später Rektor der Universität. Professor Dobrzynski wurde am 30. März 1875 bei Krakau geboren. Sein lokales Wesen hat ihm auch unter den deutschen Studenten weitgehende Sympathien verschafft.

X Kirchendiebe. In der Nacht zum 12. d. Mts. drangen Diebe in die Kirche in Unterberg (Puszczykowo) ein. Sie erbrachen sämtliche Opferkästen und beraubten sie ihres Inhalts.

X Der Präsident der Posener Post- und Telegraphendirektion, Wladyslaw Kazmierski, hat gestern seinen Erholungsurlaub angetreten. Vertreten wird er vom Ministerialabteilungsleiter Wladyslaw Siojewski, der die Amtsgeschäfte eines Vizepräsidenten vertritt.

X Frau Wilson dankt. Der Stadtpräsident Ratajski hat von der Witwe des Präsidenten Wilson ein Schreiben erhalten, in dem sie im Zusammenhang mit der feierlichen Enthüllung des Wilson-Denkmalis ihren Dank ausspricht für die erwiesenen Freundlichkeiten, sowie für das Album und andere Andenken, die ihr zum Geschenk gemacht worden sind.

X Haller-Ausstellung. Zu den gelungenen Ausstellungen in Polen wird von der polnischen Presse auch die Ausstellung von Denkmalsfiguren der Blauen Armee (Hallerarmee) gerechnet, die sich im Gebäude der Posener Straßenbahn befindet. Diese Ausstellung, von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet, erfreut sich angeblich eines regen Besuchs. Letztes haben Roman Dmowski, der frühere Senatsmarschall Trampczynski, Senator Dr. M. Seyda und der Stadtpräsident Ratajski der Ausstellung einen Besuch abgestattet.

em. Sektens-Kapelle in Kawica. Die Bibelforscher („Babazje Biblia Swietego“) haben sich in Kawica, wo sie zahlreiche Anhänger haben, eine Kapelle gebaut.

em. Vom Treibriemen erfaßt. In der Schleiffabrik ul. Dabrowskiego 162 (Gr. Berlinerstr.) wurde der 42jährige Arbeiter Stefan Szafranski aus Jablonowo von dem Treibriemen erfaßt und an die Wand geschleudert. Der hinzugerufene Arzt der Bereitschaft stellte fest, daß sämtliche rechten Rippen gebrochen wurden. Der Unglückliche wurde in das Stadt Krankenhaus gebracht.

em. Beim Dachdecken verunglückt. Der 18jährige Dachbeder Marjan Bognyski aus Koziegłowy, welcher in Katalje beim Dachdecken beschäftigt war, verlor in einem Augenblick das Gleichgewicht und stürzte zu Boden, wobei er schwere innere Verletzungen davontrug. In beunruhigendem Zustand wurde der Unglückliche in das Stadt Krankenhaus gebracht.

em. Verkehrsunfall. An der Ecke der ulica Mickiewicza und Krasinskiego erfolgte ein Zusammenstoß des Personenaautos P. 3. 45 152 mit dem Motorrad P. 3. 322 P. K. Die beiden Führer wurden erheblich verletzt.

em. Vorhaft vor Betrügern. In das Schuhwarengeschäft der Marie Nowakowska, M. Marcinkowskiego 14 (Wilhelmstr.), kam eine Sophie Ullmann. Sie taufte ein Paar Damenschuhe im Werte von 64 Zloty, welche sie mitnahm, mit dem Hinweis, daß die Bezahlung seitens der Ka. Cegielski, ul. Gwarna (Viktoriastr.) erfolgt. Wie nachträglich festgestellt wurde, wußte die Firma Cegielski von keinem Schußkauf.

em. Polizeihund entlaufen. Am 1. d. Mts. entließ ein Polizeihund, der sich in Dressur befand, Befehlsgabe: Wolfshund, grau, etwa 1 1/2 J. alt. Besondere Kennzeichen: weiße Pfoten. Es wird gebeten, den Hund bei der Kriminalpolizei abzugeben.

em. Festnahme von Taschendieben. Ein Stanislaw Szoblewski, W. Garbary (Gr. Gerberstr.), wurde in dem Augenblick festgenommen, als er zwei Herren die Taschenuhren aus der Tasche zog.

em. Gefährliche Einbrecher festgenommen. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, drei Einbrecher: Felix Strazypczak, M. Marcinkowskiego 2, (Wilhelmstr.), Dyonizy Machowski, Podwórze Barlebens 4 (Barlebenshof), und Marjan Cichy, ul. Biastowa 8 (Sandstr.), festzunehmen. Sie haben seinerzeit in der Firma Herj. Bornstein und „Wetna“ (Gerberdamm) Einbrüche verübt. Bei dem letzten Einbruch wurden sie erwischt.

Statistisches aus der Stadt Posen

ih. Posen, 16. Juli. Die statistischen Mitteilungen, die das Statistische Amt der Stadt allmonatlich herausgibt (Wiadomości Statystyczne Miasta Poznania) sind soeben für den Monat Mai erschienen. Im Mai wurden demnach in unserer Stadt 472 Kinder geboren, von denen 399 eheliche Eltern haben. Von diesen 399 Kindern sind der Konfession nach 389 katholisch, 4 evangelisch, 2 jüdisch und 4 anderer Konfession. Was die Nationalität betrifft, so sind 399 polnisch und nur 3 deutsch. Interessant ist an Hand dieser Mitteilungen festzustellen, aus welchem Stand die meisten Zugeburten erfolgt sind. Handwerkerkinder wurden 143, Arbeiterkinder 113, Kinder von Staatsbeamten 67, von Privatbeamten 34, von Gewerbetreibenden 31 und von Personen in freien geistigen Berufen 5 geboren. Wieder ein deutlicher Beweis dafür, daß die Höhe der Zugeburten nicht unbedingt abhängig ist von der Höhe des Einkommens.

Den 472 Geburten stehen nur 255 Todesfälle gegenüber. Katholischer Konfession waren davon 238, evangelischer 12, jüdischer einer. Wieder hat die Lungentuberkulose die meisten Opfer, nämlich 30, gefordert. Ihr folgt der Krebs mit 25, Herzkrankheiten mit 23, Lungenentzündung mit 15. An Gebrechlichkeit starben 24 Personen an Altersschwäche 15. Durch Unfall kamen 7 Menschen im Mai ums Leben, sich selbst das Leben nahmen ebenfalls 7 Personen.

Die traurigen Zeiten erlauben keine großen Ersparnisse. Spareinlagen in den Stadt Sparkassen erfolgten denn auch nur in Höhe von 24 167 Zloty. Für eine Stadt mit einer Bevölkerung von weit über 200 000 Einwohnern ist das außerordentlich wenig.

Im Obdachlosen Asyl suchten und fanden 5114 Menschen eine Unterkunft. Von ihnen waren 4136 männlichen, 955 weiblichen Geschlechts. Kinder wurden nur 23 beherbergt.

Die Arbeitsverhältnisse in unserer Stadt sind noch immer katastrophal. Arbeitsplätze gesucht wurden nämlich von 10 250 Menschen. Unter ihnen befanden sich 3986 ungelernete Arbeiter, 1251 Metallarbeiter, 1019 Bauarbeiter, 523 Holzarbeiter, 897 Büroangestellte, 621 Handelsangestellte. Diesen mehr als 10 000 Arbeitssuchenden stehen nur 804 offene Arbeitsplätze im Mai gegenüber. Dabei ist, wie die Statistik zeigt, das wöchentliche Durchschnittseinkommen eines ungelerten Arbeiters um 5,06 Prozent oder im Verhältnis zum Vormonat um 46,00 Zloty gefallen. Das wöchentliche Existenzminimum, das für eine 4köpfige Arbeiterfamilie berechnet wird, beläuft sich nach der Statistik dabei auf 62,62 Zloty. Diese beiden Ziffern finden wohl der deutlichste Beweis für die furchtbare wirtschaftliche Lage, in der sich nicht nur die Menschen befinden, die ohne Arbeit sind, sondern auch noch weite Kreise derer, die sich freuen dürfen, noch eine Beschäftigung zu haben.

Uloczynskis Posener Abtecher

Warminski unterliegt 6 : 4, 10 : 8, 2 : 6, 0 : 6, 4 : 6 jr. Der Kampf war sehenswert. Mit stoischer Ruhe ließ sich Uloczynski die beiden ersten Sätze 4 : 6 und 8 : 10 abnehmen. Warminski spielte ausgezeichnet. Da fast zwei Stunden ohne Pause gespielt wurde, war der körperlich weniger widerstandsfähige Posener dem dritten und vierten Satz nicht mehr gewachsen. Sie wurden eine leichte Beute des Warminskers (6 : 2, 6 : 0), aber im Endjah gab es einen mörderischen Kampf. Warminski vermochte bis „4 beibe“ immer wieder gleichzuziehen, um dann doch die beiden letzten Spiele an seinen viel frischeren Gegner abzugeben. Ein Doppelfehler beim Aufschlag machte dem Kampf vor dem heraufziehenden Gewitter ein Ende.

In seiner gestrigen Form wird Warminski bei den Landesmeisterschaft ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Das heutige Revanchetreffen kann nicht stattfinden, da Uloczynski in Warschau mit Max Stolarow gegen eine ostindische Nationalmannschaft (Hadi und Fzyez) antreten muß, die von „Legia“ zu einem Turnier nach den Davisregeln eingeladen worden ist.

Studentenkrawalle gegen die jüdische Bevölkerung vor Gericht

em. Posen, 15. Juli. Vor der verstärkten Ferienkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Rulcska fand heute die Verhandlung gegen die Studenten der hiesigen Universität Alfons Ceglewski, Mieczyslaw Jastrzebski, Stanislaw Wyrzyskowski und Zbigniew Sadowski wegen Landfriedensbruchs statt. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Rucma, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Noworka und Dr. Bogdancki.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, gemeinschaftlich an einer Aktion gegen die jüdische Bevölkerung teilgenommen zu haben. Die Angeklagten besuchten seinerzeit die öffentlichen Lokale, wie Italia, Tobisti, Polonia, Eplanade, und schlugen auf die sich dort aufhaltenden Juden ein und wiegelten die dort anwesenden Gäste unter Gejohle und unter Zurufen, wie „Weg mit dem Judentum“ auf. Damals wurden Josef Dobrzynski, Erich Bojczek und Samuel Leber gemißhandelt und mit Füßen getreten.

Die Angeklagten bestreiten die ihnen zur Last gelegte Tat und wollen ganz unschuldig in die zusammengewürfelte Menge geraten sein. Der als

Zeuge vernommene Erich Bojczek kann unter den Angeklagten keinen Täter erkennen. Er habe sich die Leute, die ihn schlugen, nicht näher angesehen, er war froh, davonlaufen zu können. Auch der als Zeuge vernommene Student Janusz Nowacki kann nicht angeben, ob die Angeklagten sich unter der Menschenmenge befunden haben. Der Zeuge Samuel Leber behauptet, im Lokale „Moulin Rouge“ von einigen jungen Studenten überfallen und geschlagen worden zu sein. Wyrzyskowski glaubt er, wenn auch nicht mit Sicherheit, wiederzuerkennen. Der Zeuge Polizeibeamte Syperet behauptet, von dem Angeklagten Ceglewski die Worte gehört zu haben: „Nun haben wir im Eplanade ausgeräumt. Jetzt gehen wir zu Hirschli!“ Er will den Ceglewski als Anführer in der aus etwa 40 Personen bestehenden Gruppe erkannt haben.

Der Staatsanwalt meint, daß die Anklage wegen Landfriedensbruchs nicht aufrecht erhalten werden könne. Er verlange aber die Bestrafung der Angeklagten Ceglewski und Jastrzebski nach § 369 (grober Unfug). Schließlich wurden die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Das Urteil wurde damit begründet, daß die Beweisaufnahme die Schuld eines Landfriedensbruchs nicht erbracht habe und eine Straftat wegen groben Unfugs bereits verjährt sei.

Polens Fremdenbesuch läßt zu wünschen übrig

Bilanz der Gastlichkeit

Die Bilanz der Touristik in Polen ist immer noch passiv, d. h. daß die Polen mehr Geld ins Ausland bringen, als es Ausländer in Polen lassen. Nach einem Bericht der interministeriellen Kommission zur Erforschung von Fragen der Touristik belief sich die passive Bilanz der touristischen Bewegung in Polen: im Jahre 1923 — 47 800 000 Zloty, 1924 — 87 400 000, 1925 — 92 800 000, 1926 — 16 200 000, 1927 — 59 900 000, 1928 — 90 700 000 Zloty. Zusammen betrug die passive Touristenbilanz in Polen im Verlauf der erwähnten sechs Jahre 365 800 000 Zloty.

Die Hauptfrage, wer ist für diese traurige Bilanz verantwortlich, wird nur so beantwortet werden können, daß man den geringen Besuch Polens auf die immer noch zu unfreundliche Behandlung ausländischer Touristen zurückführt.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß besonders die Besucher aus dem in erster Linie in Frage kommenden Lande, nämlich aus Deutschland, sich an der Grenze immer noch eine Behandlung gefallen lassen müssen, die in anderen europäischen Kulturstaaten nicht üblich ist und die darum zum Wiederbesuch des Landes gerade nicht ermuntert. So sind uns aus allerletzter Zeit wieder Fälle bekannt geworden, wo Personen, die in deutscher Sprache auf einem Grenzbahnhof Fahrkarten ins Inland forderten, überhaupt nicht bedient wurden oder sich doch zumindestens äußerst unfreundliche Bemerkungen gefallen lassen mußten. Wenn vollends die äußerst umständliche und zeitraubende Erledigung aller Paß- und Visumangelegenheiten auf den polnischen Generalkonsulaten in Deutschland bekannt ist (unter 4—5 Stunden läßt sich das niemals erledigen!), wird den Touristen verstanden, der vor dem Besuch unseres ungastlichen Landes, das tatsächlich ja eine Fülle von interessanten, nicht nur landwirtschaftlichen Eigenarten aufweist, zurückschreckt.

Neutomschel

be. Zwangsversteigerung. Am Freitag, dem 17. Juli, um 13 Uhr in Bukowiec beim Landwirt Sylwester Siojiski 11 Morgen Roggen auf dem Halm; an demselben Tage um 13.30 Uhr in Bentischen auf dem Plac Wolnosci ein Denkmal (Kunstl. Stein); an demselben Tage um 11 Uhr ebenda neben dem Lokal Szaferki: 60 Meter Zestir-Stoff; an demselben Tage um 11 Uhr ebenda auf dem Markte ca. 560,745 cbm geschnittenes Holz; an demselben Tage um 10 Uhr neben dem Lokal Szaferki ein Arbeitswagen; an demselben Tage, 10.25 Uhr, ebenda in der ul. Strzelcka 24 eine Nähmaschine und ein Spiegel. Am Sonnabend um 10.30 Uhr in Runkl (Chojniki) bei dem Landwirt Schmelke ca. 6 Morgen Roggen auf dem Halm.

Filehne

ss. Roggenernte. Die Roggenernte in der hiesigen Gegend ist in vollem Gange. Neuer Roggen wird bereits angeboten, trotzdem derselbe noch nicht trocken ist. In hiesigen Kreisen wird auf eine Mittelernte gerechnet, dagegen scheint die Strohernie nur sehr mäßig auszufallen. Leider nehmen die Felddiebstähle auch hier einen noch nie dagewesenen Umfang an. Von beteiligten Kreisen wird die Aufstellung von Feldwachen geplant.

ss. Sommerfest. Die Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe veranstaltet am Sonntag, dem 19. d. Mts., nachm. von 4 Uhr ab im Südhengarten ein Sommerfest. Kinderbelustigungen, Kaffeetafel, Spiel und Tanz werden für Abwechslung Sorge tragen. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

ss. Ehrung eines Bürgers. Am 14. d. Mts. beging der Rentier Gärtnereibesitzer Heinrich in voller Frische und Gesundheit seinen 80. Geburtstag. Auf Anregung des Hilfsvereins deutscher Frauen wurde demselben eine würdige Feier zuteil.

Neustadt a. W.

X Opfer der Warthe. Am Sonntag gegen 3 Uhr nachmittags erlitten der Bädergehilfe Sz. aus Zerkow an der Warthe, um zu baden. Sz. hatte den Weg von Zarotichin aus, wo er in der Lehre war, zu Rad zurückgelegt, und zwar in einem flotten Tempo. Ohne sich erst abzufragen zu lassen, sprang er noch schweißbedeckt in den Fluß und tauchte sofort unter. Einem Ansehen, der in der Nähe war, fiel es auf, daß der Badende nach längerer Zeit nicht wieder auf-

tauchte. Er schlug Alarm. Anwohnende Fischer begaben sich sofort auf die Suche, konnten den Körper aber erst nach einer halben Stunde aus dem Wasser herausziehen. Wiederbelebungversuche blieben ohne Erfolg, es konnte nur noch der Tod festgestellt werden. Sz. muß im Wasser Krämpfe bekommen haben, die sein tragisches Ende herbeiführten.

Obornit

X Einbruch. Unbekannte Täter sind in die Büroräume der Firma N. B. Jac. Voh eingebrochen und stahlen eine eiserne Kassette, die etwa 50 Zloty, 250 Danziger Gulden, verschiedene Quittungen und 2 Wechsel über 200 Zloty enthielt. Außerdem ist ein P.K.O.-Buch auf den Namen Solecki entwendet worden. Der Verlust beträgt 425 Zloty.

Gniewin

X Tödlicher Unfall. Beim Rangieren der Kleinbahn Wittowo geriet der Arbeiter Emil Grams, 45 Jahre alt, aus Wittowo unter die Räder. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf verstarb.

Wonadowitz

1. Diebstähle. Bei dem Alderwirt J. Cichonia in Szelejowo bei Wronowicz drangen vor einigen Tagen Diebe ein und entwendeten eine größere Menge Herrngarderobe sowie ein Jagdgewehr. Der Materialschaden beträgt über 500 Zloty. In derselben Nacht wurden mittels Einbruchs dem Besitzer Kiemer in Lasowica eine Menge Hühner, verschiedene Lebensmittel, sowie 2 Paar Stiefel gestohlen. In keinem der Fälle konnten die Diebe ermittelt werden.

1. Tödlicher Unfall. Das Kind eines hiesigen Arbeiters Tomaszewski verschluckte beim Spielen einen Ring. Obwohl bald ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb das Kind unter furchtbaren Schmerzen.

1. Roggen vom Felde gestohlen. Der Kestgutbesitzer Damski in Radomyn, der auf einem abseits liegenden Schlage mähend wollte, mußte die Wahrnehmung machen, daß „mitteilende“ Arbeiter ihm schon mehrere Morgen Roggen abgemäht hatten. Die Diebe hatten auch noch die fabelhafte Frechheit besessen, auf einem Wagen alles gemähte Getreide mitzunehmen. In Veracht kommen einige Landwirte aus der benachbarten Anliebung.

Samolichin

1. Goldene Hochzeit. Am 15. d. Mts. feierte hier das böhische Ehepaar in geistiger und körperlicher Frische das Fest der Goldenen Hochzeit.

Inowroclaw

z. Was bleibt dem Landwirt noch? Wieder Zwangsversteigerungen. Am Sonnabend, dem 18. d. Mts., werden wiederum folgende Sachen versteigert: Um 10 Uhr bei Herrn Borowski in Brodki 10 Morgen Roggen auf dem Halme, um 11 Uhr bei Herrn Jablonski in Rusimowo 7 Morgen Roggen und 10 Morgen Weizen auf dem Halme, um 13 Uhr in Chelmce bei Herrn Rysz 15 Morgen Roggen auf dem Halme, um 14 Uhr bei Herrn Jzital in Wapros 30 Morgen Roggen auf dem Halme, ebenfalls um 14 Uhr in Wapros bei Herrn Barczal 50 Morgen Roggen, 40 Morgen Gerste, 20 Morgen Weizengetreide, 12 Morgen Weizen, 15 Morgen Kartoffeln, 25 Morgen Judderrüben, alles auf dem Halme, außerdem einen Motor und eine Pumpe.

z. Ein braver Sohn. Der Einwohner Jakubowski aus Kwieczyno sandte seinen Sohn Marian nach Wola-Wapowska und Rzezin im Kreise Strelino Rechnungen kassieren; dieser erhielt auch einen Betrag von 130 Zloty, womit er in unbekannter Richtung entfloß. Da dieser brave Sohn erst 18 Jahre zählt und auch schon vorher seinen Vater um 3000 Zloty betrogen hat, hat der Vater die ganze Angelegenheit in die Hände der Polizei gelegt.

Argenau

z. Wieder Schweinemärkte. Nach dreijähriger Unterbrechung findet am Donnerstag wieder der erste Schweinemarkt statt. Von da ab werden dann wieder allwöchentlich am Donners-tag Schweinemärkte abgehalten werden.

Bromberg

X Blutige Auseinandersetzung. In Jozino hat sich ein blutiges Drama abgespielt. Der 63jährige Stanislaw Brodzial erschloß nach einer scharfen Auseinandersetzung den Mühlenbesitzer Franciszek Losow und brachte dessen Frau eine schwere Schußverletzung bei. Der Mörder wurde sofort verhaftet. Die Ursache der furchtbaren Tat war ein langwieriger Streit um die Mühle.

hi. Flugzeugunfall. In der Nähe der Stadt mußte am Dienstag ein Apparat des 4. Thorner Fliegerregiments auf dem Wege von Thorn nach hier eine Notlandung vornehmen, bei der der rechte untere Flügel sowie Rumpf und Höhensteuer schwer beschädigt wurden. Die Maschine wurde, soweit nötig, abmontiert, und auf einem Lastwagen zur hiesigen Fliegerstation gebracht.

hi. Auf dem Mittwoch-Schweinemarkt wurden bei schönem Wetter und lebhaftem Verkehr große Umsätze erzielt. Preise folgend: Butter 1,75—1,90, Eier 1,40—1,70, Sauerkirschen 0,50, Walderdbeeren 0,50—0,70, Blaubeeren 0,30—0,35, Stachelbeeren 0,30—0,40, Johannisbeeren 0,30 bis 0,40, Schoten 0,20—0,25, Mohrrüben 0,10—0,20, Spinat 0,20, Salat 0,05, Rhabarber 0,15, Bohnen 0,30—0,40, Radieschen 0,10, Blumenkohl (pro Kopf) 0,20—0,70, frische Kartoffeln 0,08—0,10, Tomaten 1,40, Zwiebeln 0,05 pro Bund, Röhrläpfchen 0,40—0,60, Enten 2,00—4,00, Gänse 7,50 bis 9,00, Hühner 3,00—4,00, junge 2,00—2,50, Tauben 0,90, Schweinefleisch 0,80—1,10, Rindfleisch 0,90 bis 1,15, Kalbfleisch 0,90—1,15, Hammelfleisch 1,00 bis 1,20, Hecht 1,30—1,70, Aal 1,70—2,10, Schlei 1,10—1,50, Pläke 0,50—0,75, Barbe 0,50—0,90, Weizstäbe (Quark) 0,35.

Weltpolitische Beobachter

Der Streit um Ostgrönland geht weiter — Der falsche Verhandlungstil — Der Vertrag der Sowjetunion mit Afghanistan

E. Th. Norwegen hat nun tatsächlich einen Teil der ostgrönländischen Küste besetzt, der der norwegischen Regierung für die norwegischen Jagd- und Jagdinteressen notwendig erscheint. Am 10. Juli hat König Haakon den Okkupationsbeschluss unterschrieben. Diese Eile Norwegens ist sicher darauf zurückzuführen, daß man das Land bereits in Besitz haben wollte, wenn die dänische Ostgrönland-Expedition Dr. Lange-Rochs dort eintrifft. Die dänische Regierung hat, wie bei uns berichtet wurde, sofort Einspruch bei dem Haager Schiedsgericht eingelegt. Auch bei der dänischen Regierung hat sie protestiert. In Dänemark wird der Schritt Norwegens als Rechtsbruch angesehen. Die Grönland-Übereinkunft von 1924, auf die wir schon hinwiesen, sei durchbrochen worden. Es darf darauf hingewiesen werden, daß tatsächlich die Souveränität Dänemarks über Grönland mit Einschluß Ostgrönlands formell von England, Amerika, Schweden, Frankreich, Italien und Japan anerkannt worden ist, während die deutsche Regierung die entsprechende Mitteilung der dänischen Regierung nur zur Kenntnis genommen hat. In Norwegen selbst ist dieser Schritt des Ministeriums, der ohne Zustimmung des Parlaments erfolgt ist, nicht ohne Kritik geblieben. Selbstverständlich gibt es auch in Norwegen nationalistische Stimmen, die die Regierung auffordern, das Okkupationsgebiet zu erweitern; im ganzen jedoch ist dieser Schritt einer scharfen Kritik unterzogen worden. Der norwegische Außenminister Braadland erklärte in einem Interview, daß es sich hier nur um eine technische Okkupation handle mit Rücksicht auf das bevorstehende Verfahren im Haag. Norwegen wolle sich also ein Jagdgebiet schaffen. In Dänemark ist die Empörung selbstverständlich allgemein. Es wird vielleicht nicht ganz mit Unrecht gesagt, daß der Weg, den die norwegische Regierung gewählt habe, nicht imstande sei, Norwegens tatsächliche Ansprüche zu erhöhen.

Der Streit um Ostgrönland



Stalin, der Diktator der Sowjetunion, hat am 28. Juni vor den Wirtschaftsführern eine Rede gehalten, die merkwürdigerweise erst Anfang Juli bekannt wurde, und zwar als Auszug auf dem Wege über die amtliche Telegraphen-Union des Roten Bundes. Dieser Auszug sollte in der europäischen Presse Kommentare auslösen, die schon mit ihren Überschriften — „Bruch mit den kommunistischen Methoden“, „Fünfjahresplanschleife“, „Stalins Befehlsgewalt über die Wirtschaftsprinzipien des Kapitalismus“ — darauf hinwiesen, daß in der Wirtschaftsführung der Sowjetunion mit den alten Prinzipien gebrochen worden sei oder gebrochen werden soll und daß nun wieder kapitalistische Gesichtspunkte maßgebend werden sollten.

Der kürzlich veröffentlichte vollständige Wortlaut der Stalin-Rede läßt die Umstellung erheblich weniger sensationell und grundlegend erscheinen. Die Hauptforderungen der Stalinschen Rede haben wir in unserem gestrigen Leitartikel besprochen: Organisierte Arbeiterwerbung, Löhne nach Leistung, Organisation der Arbeit (Liquidation der nicht persönlichen Verantwortung), Eroberung der Technik durch Schaffung einer betriebstechnischen Intelligenz der Arbeiterklasse, Heranziehung der alten technischen Kräfte und neue Akkumulationsquellen. Zum Schluß seiner Rede meinte Stalin, „mit Hilfe dieser neuen Methoden kann unser Produktionsplan verwirklicht werden“, wobei er aber auch nicht einen Augenblick eine Täuschung über die Richtung des weiteren Weges möglich gelassen hat. Er sagte nämlich ausdrücklich, die bolschewistische Methode dürfe nicht verleugnet werden; „in dieser Richtung besteht nur ein Weg, der Weg der Verträge der Wirtschaftsgesellschaften mit den Kollektivwirtschaften und den Kollektiven“.

Wer den Weg kennt, den die Innenpolitik der Sowjetunion unter Stalins Führung genommen hat, wird diese neuen Gesichtspunkte nicht als eine Zuwendung zu kapitalistischen Methoden ansehen, sondern als eine weitere Abkehr Stalins von der Linksoption (Trotski) und als eine Zuwendung zur Rechtsopposition unter Führung von Rykow. Das heißt Stalin hat eingeschoben, daß die ungeheuren Anforderungen, die der Fünfjahresplan an den einzelnen Menschen stellt, auch Rücksicht auf diese Menschen, die da heute hungern und leiden müssen, damit der Plan gelingt, erfordert. Im Grunde hat Stalin nicht mehr gesagt, als daß die Durchführung des Fünfjahresplans von jetzt an nicht mehr allein von den Produktionsmitteln, sondern vor allem von den Menschen, die mit ihnen arbeiten, abhängig ist. Wer genauer die bisherigen Methoden in der sowjetischen Wirtschaftspolitik überflieht, weiß, daß schon lange in der Sowjetunion das

Deutsche im Ausland

Politische Reformation der Deutschen in Siebenbürgen

Das neue rumänische Kabinett geht ernsthaft daran, den Minderheiten Rumäniens die Rechte einzuräumen, die sie zu beanspruchen haben und die aus ihnen willige und freudige Mitarbeiter am rumänischen Staat machen werden. Der Gesetzesentwurf über die Minderheitenschulen, der den Vertretern der Minderheiten gestellt wurde, sieht vor: 1. alle konfessionellen und Minderheitenschulen erhalten das Öffentlichkeitsrecht. 2. Den Führern dieser Schulen wird volle Freizügigkeit zugestanden. 3. Ab 1932 wird an der Bukarester Universität ein Institut mit ungarischer Unterrichtssprache errichtet werden. 4. Der Staat wird allen privaten Schulen materielle Unterstützung angedeihen lassen.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß dieser Umschwung in der Behandlung der Minderheiten in Rumänien zu einer sittlichen Erneuerung zu führen scheint. Besonders unter den deutschen siebenbürgischen Sachsen macht sich ein Reineigungsprozeß bemerkbar, der mit aller Schärfe auf einen sauberen und klaren Aufbau des Deutschtums im Lande hinführt. Im Hintergrund dieser Bewegung steht die Forderung nach der Einberufung des Großen Sachsentages, der die gesegnete Körperschaft der Siebenbürgendeutschen wieder werden soll. Von einer Tagung in Hermannstadt wurde eine Entschließung angenommen, die in einem vierfachen Aufbauprogramm mündet:

1. Ein neues völkervereinigendes Programm an Stelle des teilweise veralteten Volksprogramms ist notwendig, das unter Vermeidung der klar erkannten Mängel der Gegenwart die Organisation mit neuem Leben durchpflügen hilft, die Verantwortlichkeit und die Vereinbarkeit von Nebenämtern mit dem Hauptamt der Führer sowie die Möglichkeit, sie zur Verantwortung zu ziehen, in klarer Weise regelt, zur Entlastung der Parlamentarier eine Volkskanzlei schafft, die jedem offen steht, und durch die Einführung der unmittelbaren Neuwahl eines Teiles des Volksrates dessen Ueberalterung verhindert. Ein Sachsentag soll dies Wert zur tatsächlichen Verfassung ausbauen und damit zugleich die Grundlage bieten zur Erneuerung des Verbandes der Deutschen in Großrumänien.

2. Ein volkspolitisches Programm soll es der zukünftigen Führerschaft zur Pflicht machen, einen entschlossenen Angriffskampf zur Wiederherstellung unserer Kirchen- und Schulautonomie, zur Sicherung des nach staatlichem Gesetz und zwischenstaatlichem Recht uns zustehenden Erhaltungsbeitrages für Kirche und Schule, zur Wiedergewinnung des Nationalvermögens und zur Schaffung des Minderheitengesetzes zu führen. Es soll auf die lebendige Verbindung von Volk und Führer dringen. Es soll der politischen Erziehung der Jugend und der sozialen Frage Beachtung schenken, unsere Presse von Geldmächten und politischen Cliquen befreien und schließlich kulturelle Ziele aufzeigen, die den Bedürfnissen unseres Volkes gerecht werden und unsere Theater, Bühnen und sonstigen Kulturanstalten beleben.

3. Ein Kirchenaufbauprogramm aber muß die Verfassung der Kirche, die das Eindringen neuer Kräfte in die bestimmenden Körperschaften, besonders in das Landeskonfessorium, heute erschwert, durch eine Aenderung des Wahlrechts ermöglichen. Gleichzeitig aber wollen wir, daß die religiöse Aufgabe der Kirche wieder ganz in den Mittelpunkt der Pfarrarbeit rücke und so dem heute

rein kommunistische Prinzip durchbrochen worden ist. Man hat die ausländischen Konfessionen, die ja doch tatsächlich nichts anderes als kapitalistische Inseln im kommunistischen Meer waren, gebildet, man hat, um Beispiele mustergetreuer Arbeit zeigen zu können, Ingenieure, Techniker und Landwirte aus kapitalistischen Ländern gerufen, die sich keineswegs zu den kommunistischen Prinzipien bekannten und die auch nach den kapitalistischen Methoden wenigstens bis zu einem gewissen Grade arbeiteten. Die große Krise, in der sich der Fünfjahresplan schon seit langem befindet, und die sich vor allem in der Bürokratie (in der jeder etwas sagen will und keiner die Verantwortung tragen möchte), in dem Mangel an geeigneten Fachleuten, in der zu teuren Fabrikation und in der Verminderung der Qualität der Produkte, zugunsten einer rein mengenmäßigen Steigerung, um den Menge-Forderungen des Großen Planes nahe zu kommen, ausdrückt: alle diese Schwierigkeiten haben Stalin bewogen, um das Ziel zu retten, Konfessionen zu machen. Dieser Schritt Stalins zeigt keineswegs davon, daß aus dem bolschewistischen Saulus ein kapitalistischer Paulus geworden ist, als vielmehr von seiner großen tatsächlichen Klugheit.

Tatsächlich bedeutet dieser Schritt Stalins eher eine erneute und verstärkte Bedrohung Westeuropas, die von der New-Yorker „Evening Post“ so groß gesehen wurde, daß sie schreibt, die bolschewistische Gefahr würde für die kapitalistische Welt tödlich werden von dem Augenblick an, wo die von Stalin angekündigten neuen Wirtschaftsmethoden eingeführt werden. Und wie die Telegraphen-Agentur des Roten Bundes meldet, hat der „Sittenrichter“ der Kommunistischen Partei des Roten Bundes, Jaroslawski, im Hauptauschuß der Partei triumphierend geäußert:

„Diese Triumphe der Bourgeoisie vor dem beschleunigten Vormarsch des praktisch bereits in der Wirtschaft begriffenen Fünfjahresplans stellt das Verhältnis der Bourgeoisie zum Aufbau des Sozialismus im Roten Bund vollständig bloß. Die Bourgeoisie weiß sehr gut, daß die Bolschewisten nicht daran denken, auf den Kommunismus zu verzichten oder zu kapitulieren. Es ist unklug, zu glauben, die Aufhebung der sogenannten Lohnungleichheit bedeute irgendeinen Verzicht auf höhere Grundsätze des Kommunismus. Die Einführung der persönlichen Verantwortung eines jeden für die ihm aufgetragene Arbeit muß im

für viele Sachsen inhaltlosen Körper der gültige Geist wiedergeboren werden.“

4. Ein Wirtschaftsprogramm schließlich muß die dritte Zusammenfassung geben: als Wirtschaftsgemeinschaft, als Verband aller wirtschaftenden Sachsen. Voraussetzung dazu ist, daß wir auch unsere Arbeiter dafür gewinnen, indem wir uns für ihre sozialen Forderungen einsetzen. Wir brauchen Arbeitervereine, wir brauchen eine planmäßige Gewerkeförderer, eine Neu- und Umsiedlung und ein Kreditwesen, das nicht Selbstzweck ist, sondern im Dienst unseres Volkes steht, besonders auch im Hinblick auf unser Bauerntum.

Zum Schluß wird betont, daß die Not bei den Siebenbürgendeutschen seit der grundlegenden Neugestaltung der politischen Verhältnisse im tiefsten Grunde eine geistig-sittliche sei, die sich in überalterten Körperschaften, in Cliquenwesen, Führergeganz und Güntlingswirtschaft darstelle. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit der Neuordnung, wie sie oben angedeutet wird, eine Erstarbung und Gesundung des deutschen Volkes in Siebenbürgen herbeigeführt werden wird. jh.

Weitere Fortschritte des Deutschtums in Rumänien

Nach einer Meldung der Tschernomirer Deutschen Tagespost verfügte das Bukarester Unterrichtsministerium die Einführung der deutschen Unterrichtssprache an weiteren vier Staatsvolkschulen in der Bukowina. Damit hat sich die Anzahl der staatlichen Volksschulen, in welchen auch deutsch unterrichtet wird, auf 18 erhöht. Ein dem Unterrichtsministerium vorliegenden Plan, den der Führer des Rumänischen Deutschtums, Senator Lebouton, ausarbeitete, verlangt die Einführung der deutschen Unterrichtssprache für noch weitere 22 Gemeinden mit vorwiegend deutscher Bevölkerung.

Die Tragik des Südtirolers

Am letzten Donnerstagabend wurde in den Dekalater Bergen am Hochjoch-Spiz in der Nähe der Grenze die Leiche des Meraner Rechtsanwalts Dr. Joseph Luchner aufgefunden. Dr. Luchner war einer der markantesten Führerfiguren in Südtirol. Er war seinerzeit als Anhänger der Tiroler Volkspartei Rizebürgermeister von Meran und gehörte der österreichischen Nationalversammlung und dem Tiroler Landtag bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages als Vertreter Südtirols an. Mit Dr. Reut Nicosi und zwei anderen Südtiroler Abgeordneten nahm er nach der Abtrennung Südtirols von Österreich vom Österreichischen Nationalrat feierlich Abschied. Auch in den letzten Jahren war Dr. Luchner stets für das Deutschtum in Südtirol tätig. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Südtirol und durch die Bedrängung des deutschen Anwaltsstandes kam Dr. Luchner ebenso wie andere deutsche Rechtsanwälte in letzter Zeit in finanzielle Schwierigkeiten, besonders wegen der Einführung der italienischen Gerichtssprache, wodurch die deutschen Rechtsanwälte in ihren Erwerbsmöglichkeiten stark behindert wurden. Von den Italienern erhielt er keine Bewilligung zur Ausreise. Er hat nun die Grenze über den Dekalater Gletscher heimlich überschritten wollen. Kurz nachdem er auf österreichischem Boden angelangt war, ist er wahrscheinlich infolge Ueberanstrengung von einem Herzschlag betroffen worden, der seinen Tod herbeiführte.

gegenwärtigen Augenblick den Kampf für den Sozialismus und für die Aufrichtung wirklicher Gleichheit fördern.“

Vielleicht sind beide Äußerungen übertrieben. Vielleicht überschätzen sie die mögliche Gefahr, die für Europa aus der Durchführung des Fünfjahresplans erwachsen kann. Jedenfalls haben die kapitalistischen Mächte keinen Grund zu triumphieren. Stalin ist Machiavellist, dem es vollkommen gleichgültig ist oder doch erst in zweiter Linie interessiert, wie er den Fünfjahresplan durchführt und wie die Sowjetunion die kapitalistischen Mächte auf die Knie zwingt. Ganz falsch dürfte die Mutmaßung verschiedener Politiker sein, die da meinen, daß die unter Hoovers Führung in Europa allmählich zur Geltung kommende Vernunft (?) den Roten Bund zum Rückzug veranlaßt hat. Man vergesse nicht, Stalin hat seine Rede schon am 28. Juni gehalten!

Wie zielbewußt die außenpolitischen Aktionen der Sowjetunion vor sich gehen, beweist der Vertrag, den sie mit Afghanistan ebenfalls Ende Juni unterzeichnet hat und der ziemlich von der gesamten europäischen Presse übersehen wurde. Der Vertrag setzt die Grundlinien des schon im August 1926 unterzeichneten Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrages fort. Beide Staaten verpflichten sich gegenseitig bei jedem militärischen oder wirtschaftlichen Kampf gegen den Vertragspartner unbedingte Neutralität zu. Sie verpflichten sich gegenseitig, allen Feindseligkeiten dritter Mächte auf ihrem Gebiet entgegenzuwirken.

Es sei daran erinnert, daß die Sowjetunion außer mit Afghanistan ähnliche Verträge noch mit Persien, mit der Türkei und mit Litauen unterhält. Dadurch bekommt die Außenpolitik der Sowjetunion eine ganz bestimmte Richtung, nämlich die nach Indien (China) und aus Schwarzes Meer. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ihre imperialistischen Wünsche nicht in erster Linie nach dem Westen, sondern nach dem Südosten richtet. Auch die Verleumdung — man denke beispielsweise an die Fährbarmachung des Dnjepr durch die großen Schleusen, die die Stromschnellen des Dnjepr bei Dnjepr Stroj überwinden sollen — weist in diese Richtung. Der Vertrag mit Afghanistan zeigt ebenso wie die Rede Stalins davon, daß die Sowjetpolitik sehr bestimmte und feste Ziele hat, von denen sie nicht gedenkt abzulassen.

Fortwährende Entrechtung des Deutschtums in Südwest

Die Regierung der Südafrikanischen Union kündigt in ihrer Eigenschaft als Mandatar der ehemaligen deutschen Kolonie in Südwestafrika neue einschneidende Gesetzesbestimmungen für das Mandatsgebiet an. Dem Verwalter des Gebietes wird das Recht zuerkannt, daß er, ohne die Genehmigung des Landesrates vorher einholen zu müssen, über einen Betrag von einer halben Million Mark aus den Einnahmen des Mandatslandes für unvorhergesehene Zwecke verfügen kann. Dem für die Finanzverwaltung verantwortlichen Landesrat wird damit die Befugnis, selbst über die Ausgaben zu bestimmen, weitgehend eingeschränkt, und es entsteht die Frage, wie die deutsche „Überzucker Zeitung“ bereits mittelt, ob der Landesrat unter diesen Umständen noch weiter die Verantwortung für die Ausgaben übernehmen wird. Die zweite Bestimmung richtet sich gegen die Gleichberechtigung der Deutschen im ehemaligen Koloniegebiet mit der übrigen weißen Bevölkerung. In Zukunft sollen die Wahlen zum Landesrat nur alle fünf Jahre stattfinden. Dazu kommt, daß Ausländer, denen auch Deutsche zugezählt werden, erst nach fünfjährigem Aufenthalt im Lande das Wahlrecht erhalten, während die aus der Union einwandernden Engländer und Buren schon nach einjährigem Aufenthalt wahlberechtigt werden. Es kann danach der Fall eintreten, daß ein deutscher Einwanderer, der bei der Auflegung der Wahllisten noch nicht ganz fünf Jahre im Lande ist, von der Wahl wegen eines geringfügigen Zeitunterschiedes ausgeschlossen wird, und weitere fünf Jahre warten muß, ehe er sein Wahlrecht ausüben kann. Diese Bestimmung wird sich daher, wenn sie wirklich Gesetz werden sollte, sehr zu Ungunsten der deutschen Einwanderer auswirken. Vom Völkerverbund ist nach seiner ganzen Haltung in der Mandatsfrage kaum Hilfe zu erwarten.

Deutsche Menschen ohne Heimat

In der soeben erschienenen Ausgabe des Reichsarbeitsblattes werden beachtenswerte Zahlen zur deutschen Auswanderung seit Kriegsende veröffentlicht. Nach der überseeischen Auswanderungsstatistik sind 1919 bis 1930 insgesamt 579 247 Deutsche nach Übersee ausgewandert. Dazu kommt die Abwanderung von Deutschen über die trockenen Landesgrenzen, die auf mindestens 280 000 beziffert werden muß. Nach den auf diese Weise gewonnenen Zahlen sind von 1919 bis 1930 rund 860 000 Deutsche einschließlich Frauen und Kinder ausgewandert.

Vor dem Kriege betrug der Jahresdurchschnitt 25 624 deutsche Auswanderer. Mit dem Ausbruch des Krieges hörte die Auswanderung zunächst vollständig auf. 1917 wanderten neun Deutsche über holländische Häfen aus, während das Jahr 1918 eine vollständige Lücke aufweist. 1919 wanderten 3223 Deutsche sämtlich über fremde Häfen aus. 1922 stieg die Auswanderung weiter auf 36 527, von denen nur noch 640 fremde Häfen als Ausgangspunkt benutzten. Diese Zahl zeigt deutlich den Einfluß des Wiederaufbaus der deutschen Handelsflotte, die von nun an fast vollständig den deutschen Auswandererstrom an sich zog.

Im Inflationsjahr 1923 ging die Auswanderungssprunghaft in die Höhe und reichte mit 115 416 Auswanderern nahezu an die Ziffer von 1892, des letzten Rekordjahres der Vorkriegszeit (116 339), heran. Nach den Schrecken der Inflation war der Auswanderungsdrang zunächst durch die Befreiung der Währung und die Geldknappheit stark eingedämmt. Von 1923 auf 1924 ging die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von 92 808 auf 22 475 zurück. Von 1926 an entfaltete die Arbeitslosigkeit den Auswanderungsdrang aufs neue, der allerdings durch die allgemeine Geldknappheit und durch die Beschränkung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten gehemmt wurde. Die volle Auswirkung der Einwanderungssperre der Vereinigten Staaten ist erst in diesem Jahre zu erwarten. War der Monatsdurchschnitt 1930 noch über 3000, so betrug er in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 noch nicht einmal 1000.

Von den Auswanderern stammten nahezu die Hälfte aus Preußen; innerhalb Preußens steht die Provinz Brandenburg mit Berlin an erster Stelle. Dann kommt die Rheinprovinz und gleich dahinter die Provinz Hannover. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl war indes die Auswanderung am stärksten aus Schleswig-Holstein und aus der Grenzmark Posen-Westpreußen. Unter den übrigen deutschen Ländern steht Württemberg mit seiner Auswanderungsziffer weitaus an erster Stelle. Dann folgen Baden und Sachsen. Bei Württemberg weist die hohe Auswanderungsziffer auf den Mangel an Lebensraum, namentlich für die bäuerliche Bevölkerung auf dem flachen Lande, hin. Ähnliches gilt für Baden und zum Teil auch für den Freistaat Sachsen, wo noch Arbeitslosigkeit in der Industrie hinzutritt. Bei Berlin, dem Rheinland und Westfalen ist die jeweilige Arbeitsmarktlage als Ursache der Auswanderung anzusehen. In den übrigen Gebieten ist es vor allem Mangel an Geld für Neusiedlungen, Unrentabilität in der Landwirtschaft und unzulängliche Verhältnisse der Landarbeiter, die als Ursache der Auswanderung angesehen werden müssen. Bemerkenswert ist die erhebliche Zunahme der Frauen-Auswanderung. Dreiviertel aller weiblichen Auswanderer waren berufstätig.

Die stärkste Gruppe der Auswanderer stellten Bergbau und Industrie. Nur einmal, 1924, ist die Zahl der Auswanderer landwirtschaftlicher Berufszugehörigkeit an die Spitze gerückt. Seither steht diese Gruppe wiederum an zweiter Stelle. Die größere Hälfte aller Auswanderer nach Übersee ging nach Nordamerika, und zwar in der Hauptsache nach den Vereinigten Staaten. In zweiter Linie war Südamerika das Ziel; Mittelamerika nahm nur insgesamt 4599 Personen auf, ferner Amerika 10 514, Asien 444 und Australien 640.

Wirtschaftliche Selbsthilfe

Die neuen Notverordnungen und ihre Bedeutung

Berlin, 16. Juli.

Die nationale Selbsthilfe-Aktion, die nach dem gänzlichen Ausfall der ausländischen Kreditlinie von der deutschen Regierung angekündigt worden war, ist durch eine Reihe von Notverordnungen eingeleitet worden. Es galt zunächst, einen wenn auch nur notdürftigen Bankverkehr zu ermöglichen, denn die Bankfeiertage konnten natürlich nicht noch länger ausgedehnt werden, ohne dass ernsthafte Stockungen in den Lohn- und Gehaltszahlungen entstanden. Am heutigen Donnerstag konnten die Schalter infolgedessen nur geöffnet werden, wenn die technischen Voraussetzungen für einen reibungslosen Verkehr mit dem Publikum erfüllt waren. Es mussten Zahlungsmittel zum mindesten für die Löhne und Gehälter bereitgestellt und darüber hinaus die Banken vor einem heimgangslosen Run ihrer Kundschaft geschützt werden. Diese Aufgaben wurden von den beiden Notverordnungen über die Herabsetzung der Deckungsgrenze für die Reichsbanknoten und die Regelung des Geldverkehrs erfüllt.

Man hatte, nachdem es nicht gelungen war, eine Auslandsanleihe zu erhalten, zwei Möglichkeiten zur Beschaffung zusätzlicher Zahlungsmittel gehabt: einmal die Verschärfung der Deckungsgrenze für die Reichsbanknoten nach unten und zum anderen die Wiederausgabe von Rentenmarkscheinen. Wenn man sich zur Durchführung des ersten Planes entschlossen hat, so hat man damit zweifellos das kleinere Übel gewählt. Die Pläne mit der Rentenmark waren zwar verhältnismäßig leicht zu verwirklichen, schon deshalb, weil sich noch jetzt ein Rest von Rentenmarkscheinen im Verkehr befindet und die Reichsbank noch über große Bestände von Rentenmarkscheinen, die früher zum Ersatz der als unbrauchbar aus dem Verkehr gezogenen dienen sollten, verfügt. Aber die Neuherausgabe von Rentenmarkscheinen hätte zweifellos dazu geführt, dass neben der Reichsmark ein minderwertiges Geld entstanden wäre. Eine Hamsterung von Reichsbanknoten und eine Verdrängung dieser durch die Rentenbankscheine wäre die Folge gewesen, denn das schlechtere Geld hat das gute Geld noch stets aus dem Verkehr gedrängt. So hat man sich denn dazu entschlossen, lieber eine allgemeine Unterbewertung der deutschen Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt vorübergehend in den Kauf zu nehmen, statt neben die gold- und devisengedeckte Reichsmark, die in der Hauptsache als Zahlungsmittel im Verkehr mit dem Auslande gedient hätte, ein minderwertiges Zahlungsmittel in Gestalt der Rentenmark zu stellen.

Natürlich wird es sich nicht vermeiden lassen, dass infolge der Deckungsherabsetzung ein Fall der deutschen Reichsmark auf dem Weltdevisenmarkt erfolgt. Das trägt sicher nicht zum Ansehen der deutschen Währung im Auslande bei, aber in der gegenwärtigen verzweifelter Situation kann Deutschland keine Rücksicht solcher Art mehr nehmen. Hier handelt es sich einfach darum, das notwendige Geld zu beschaffen, das die Arbeitnehmer für ihre Lebensmittel und sonstigen Einkäufe brauchen, und ihnen die Existenz für die nächste Zeit zu sichern. Sobald eine Auslandsanleihe kommt — und die Verhandlungen gehen ja trotz aller französischen Widerstände noch weiter —, kann auch die Reichsbank-Deckungsgrenze wieder heraufgesetzt und die Unterbewertung der Reichsmark korrigiert werden.

Dass es im Inlande nicht zu einer gefährlichen und

sinnlosen Devisenhamsterei kommt, dafür wird eine weitere Notverordnung, die sich auf den Devisenverkehr bezieht und die gleichfalls heute veröffentlicht wird, sorgen. Durch die Neuschaffung einer Devisenzentrale sollen sowohl die Devisenanforderungen aus dem In- wie aus dem Auslande einer verschärften Prüfung unterzogen werden. Bei den Devisenanforderungen wird sodann eine bestimmte Prozentgrenze eingeführt, über die hinaus die Devisenzentrale nicht gehen darf. Einen heilsamen Druck wird die Reichsbank fernerhin durch die Heraussetzung des Diskontsatzes ausüben können. Durch eine Diskonterhöhung wird das im Verkehr befindliche Geld sowieso wieder mehr als bisher in die Reichskassen zurückgeleitet, denn niemand kann sich den Luxus leisten, für ausgeliehene Gelder so hohe Zinsen zu bezahlen oder eigenes Kapital brachliegen zu lassen, während eine verhältnismäßig hohe Zinsvergütung erzielt werden könnte. Allerdings müssen die Banken in ganz anderem Masse als bisher auch ihre Kreditzinsen dem Reichsbankdiskont anpassen. Es geht nicht an, dass weiterhin der Debitenzins einige Prozent über Reichsbankdiskont, der Satz für Kreditzinsen jedoch mehrere Prozent unter dem Reichsbankdiskontsatz liegt. Nötigenfalls wird auch hier die Regierung einen Druck ausüben. Dafür, dass ängstliche Sparer ihr Geld den Banken und Sparkassen nicht in übermässiger Weise entziehen können, sorgt die schon oben erwähnte Notverordnung zur Regelung des Geldverkehrs. Den Banken wird die Berechtigung erteilt, die Abhebung auf einen bestimmten Prozentsatz zu beschränken. Besondere Prüfungsinstanzen werden die Abhebungen von den Konten auf ihre wirtschaftliche Notwendigkeit hin prüfen. In der gleichen Richtung hin bewegt sich auch die Vorsichtsmassnahme, dass die Abhebung von Privatkonten nicht in vollem Umlauf, sondern nach Prozentsätzen des Kontostandes erfolgt.

Alle diese Notverordnungen, einschliesslich derjenigen, die sich gegen die Kapitalflucht ins Ausland richten, können jedoch nur vorübergehenden Charakter tragen. Die Wirtschaft lässt sich auf längere Zeit nicht in solche Fesseln schlagen. Für die Kapitalflucht haben sich schon immer hundert Hintertüren gefunden; die jetzt zusätzlich dem Verkehr übergebenen Gelder werden bei Anhalten der Vertrauenskrise bald ins Ausland gegen Devisen gewandert oder in den Sparstrümpfen — sofern es sich um Silbergeld handelt — verschwunden sein. Schon nach wenigen Tagen wird man sich vermutlich der gleichen Situation wie jetzt gegenüber sehen. Leider ist es doch so, dass nach den trüben Erfahrungen mit der ersten Inflation nutzlos verhallen, wenn erst einmal Misstrauen und Inflationsfurcht die Stunde regieren. Das Schicksal der wirtschaftlichen Zukunft liegt daher auch nicht bei der Regierung und den Notverordnungen, sondern wird im Auslande entschieden. Alles hängt davon ab, dass hier endlich eine grosszügige Stützungsaktion in Gang kommt. Als der Franken wankte, hat Amerika eingegriffen. Es wird sich auf die Dauer sicherlich nicht untätig verhalten, denn es hat in Deutschland viel mehr investiert als seinerzeit in Frankreich. Vorläufig schaut man allerdings noch nach Paris und möchte gern eine deutsch-französische Verständigung sehen, ehe man eingreift. Die geplante Reise der deutschen Minister nach dort wird über diesen wichtigsten Punkt der Krisenbereinigung zweifellos baldige Klarheit bringen.

Dr. Paul Hillard.

ten sind starke Preisänderungen nicht mehr eingetreten. Die Schwankungen halten sich durchaus in Grenzen, wie sie auch in ganz normalen Zeiten üblich sind. Getreide eröffnete in Chicago sogar fester, wurde dann aber auf grosse Zufuhren an Weizen, ein Vorgang, der auch sonst die Haltung beeinflusst, schwächer; für diesen Artikel ergibt sich für Juli ein Rückgang um 1 Dollarcent für den Bushel. Kanada-Weizen war sogar etwas fester. Kaffee konnte sich

nach einer Abschwächung erholen. Zucker war wenig verändert, Kakao willig. Kautschuk unverändert. Baumwolle eröffnete höher und gab dann auf den Vortagesstand nach.

Zusammenfassend lässt sich die Haltung des Auslandes dahin charakterisieren, dass es unter gespannter Abwartung der Weiterentwicklung der Verhältnisse in Deutschland beruhigte Auffassung der Lage zeigt.

Die Erschliessung des Irak-Petroleums

Beginn der Bauarbeiten — Die Verteilung der Lieferungen — Wird Deutschland berücksichtigt werden?

Nachdem alle strittigen konzessionsrechtlichen und finanziellen Fragen zwischen der Irak-Regierung und der Iraq Petroleum Co. endgültig geregelt werden konnten, sind nunmehr auch die Bauarbeiten an der bis 1935 fertigzustellenden Rohrleitung nach dem Mittelmeer in Angriff genommen worden. Amerikanischen Meldungen zufolge ist der erste grössere Lieferungs-auftrag im Betrage von 13 650 000 \$ für Ausrüstung und Zubehörmaterial der Pipeline vergeben worden, und zwar wurden grösstenteils britische und französische Firmen bei der Auftragserteilung bevorzugt, während amerikanische Unternehmen, die sich gleichfalls an den Ausschreibungen beteiligt hatten, nur in geringerem Ausmass berücksichtigt wurden. Diese Meldung ist um so bemerkenswerter, als die Leitung und Überwachung der Bauarbeiten in den Händen eines Amerikaners, des Präsidenten der Ajax Pipe Line Co. (Standard Oil Co. of New Jersey), Mr. Austin, liegt. Austin fungiert gleichzeitig als Vertreter der amerikanischen Interessen in der Iraq Petroleum Co., die bekanntlich einen Anteil von 23 1/2 Prozent des Kapitals dieser Gesellschaft repräsentieren.

Die Frage der weiteren Auftragsvergabe für die Rohrenerlieferungen ist begreiflicherweise nicht nur für die an der Erschliessung des Mossul-Oels unmittelbar beteiligten Länder, sondern auch für alle sonstigen Staaten von Interesse, die mit dem internationalen Rohrenkartell als dem Hauptlieferanten verbunden sind. Auch Deutschland ist daher sehr lebhaft daran interessiert, nach welchen Gesichtspunkten und unter welchen Einflüssen die Unterbringung der Aufträge erfolgen wird. Die Gesamtlänge der Rohrleitung wird bekanntlich 1200 engl. Meilen betragen, für deren Bau nach Schätzungen amerikanischer Fachkreise eine Rohrenmenge von 500 000 t erforderlich sein wird. Der Kostenaufwand dürfte annähernd 45 Mill. \$ betragen. Demgemäss wäre annähernd ein Drittel aller Lieferungen bereits vergeben. Ob und in welchem Ausmass auch der deutschen Industrie Aufträge zugeflossen sind, ist einstweilen nicht bekannt. Sollte dies jedoch bisher nicht der Fall sein, ist anzunehmen, dass man an massgebender Stelle Schritte unternimmt, um aus der Beteiligung der deutschen Rohrenerzeuger am Rohrenkartell wenigstens für die künftigen Lieferungen eine angemessene Quote für die Industrie sicherzustellen.

Es ist für die Schlüsselrolle bei der Auftragserteilung nicht ohne Interesse, dass, den letzten amerikanischen Nachrichten zufolge, die 50prozentige Beteiligung des Armenier C. S. Gulbenkian an der Iraq Petroleum Co., die bekanntlich in einer kanadischen Gesellschaft, der Participations and Investments Ltd. liegt, an die englischen an der Iraq Petroleum beteiligten Konzerngruppen, d. h. an die Koninklijke-Shell und Anglo-Persian Oil Co. veräußert worden ist. Bisher hatte man allgemein geglaubt, dass sich die Amerikaner, also die Standard Oil-Gruppe, diesen 50prozentigen Anteil gesichert haben. Würde die amerikanische Meldung zutreffen, was durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, so bedeutet dies nichts anderes, als dass

die britischen Partner tatsächlich die Majorität in der Iraq Petroleum Co. im Besitz hätten, denn die Koninklijke-Shell und die Anglo-Persian Oil kontrollieren zusammen je 23 1/2 Prozent des Iraq Petroleum-Kapitals und mit der Gulbenkian-Beteiligung würden sie zusammen über 52 1/2 Prozent verfügen. Wenn auch zweifellos durch vertragliche Abmachungen Vorsorge getroffen sein dürfte, dass keine der beteiligten Gruppen ein zu starkes Übergewicht in der Leitung der Iraq Petroleum Co. erhält, so dürften sich doch aus dieser vereinigten Beteiligungsmacht für die Engländer in mehrfacher Beziehung Vorteile ergeben. Man begreift, dass unter diesen Umständen das Interesse der Amerikaner am Mossul-Petroleum sich allmählich beträchtlich verringert hat, zumal seine Erschliessung in nicht allzu ferner Zukunft für die amerikanische Petroleum-Industrie das Aufkommen eines neuen bedeutenden Konkurrenten bedeutet. Man begleitet daher in U.S.A. die Arbeiten im Irak mit sehr gemischten Gefühlen.

Für den Irak-Staat leitet der Beginn der Bauarbeiten eine neue verheissungsvolle Entwicklungsepoche ein. Bedeutet doch die Aufschlusstätigkeit und alle mit ihr verbundenen Arbeiten eine überaus wertvolle wirtschaftliche Befruchtung des ganzen Landes. Darüber hinaus erhält aber das Budget des jungen Staates eine unentbehrliche finanzielle Fundierung durch die Einnahmen, die ihm aus den von der Iraq Petroleum Co. zu entrichtenden Abgaben zufließen. Bekanntlich hat die Gesellschaft auf Grund des neuen Konzessions-Vertrages an die Irak-Regierung eine Jahrespacht von 200 000 £ zu zahlen. Ferner erhält die Regierung als Vorschuss auf die künftigen Förderabgaben, die in Höhe von 4 sh. je t zu leisten sind, sobald die Ausbeutung begonnen hat, weitere 200 000 £ jährlich. Diese Vorschüsse sind für die Dauer von 10 Jahren zinsfrei. Nach Ablauf dieser Zeit sind sie erforderlichenfalls für weitere 10 Jahre gegen eine Verzinsung von 6 Prozent p. a. zu gewähren. Die Zahlung der ersten Jahrespacht und des ersten Vorschusses auf die Förderabgabe, also von 400 000 £, ist also fällig geworden. Einer telegraphischen Meldung unseres S.D.-Berichterstatters in Samsul zufolge ist dieser Betrag bei der Irak-Regierung bereits eingegangen, die ihrerseits auch die 10prozentige Beteiligung der türkischen Regierung an dieser Einnahme abgeführt hat. Da, wie an dieser Stelle schon bei früherer Gelegenheit ausgeführt wurde, die zweiten Jahreszahlungen bereits am 1. Januar 1932 fällig werden, kann das irakische Schatzamt für das laufende Finanzjahr allein aus dem Petroleum-Abkommen mit einer Einnahme von 800 000 £ rechnen.

Von sonstigen Erträgen aus der erhöhten wirtschaftlichen Tätigkeit ganz abgesehen, werden sich die Einnahmen der Irak-Regierung noch in dem Masse vergrössern, als es gelingt, weitere Konzessionen zu vergeben. Da bekanntlich auch hierfür Interessenten vorhanden sind, wird man die Aussichten für die Verwertung des noch verbleibenden freien Areal als günstig zu bezeichnen haben.

Beruhigte Auffassung im Ausland

Die Reichsmark und deutsche Bonds in London gebessert

Die Auswirkung, die die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland im Ausland ausgeübt hat, liefert den Beweis dafür, dass die deutsche Wirtschaft einen Faktor bildet, der bei allen ausländischen Kalkulationen in Rechnung gestellt wird. Die internationale wirtschaftliche Verbundenheit ist eben vorhanden. Die Aufregung, die die deutsche Krise hervorgerufen hat, ist zwar noch nicht ganz geschwunden, aber die Lage

wird im Ausland jetzt doch günstiger als noch gestern beurteilt. Die Stimmen im Ausland mehren sich, die der Auffassung Ausdruck zu verleihen, dass Deutschland schliesslich über die Krise hinwegkommt.

Die grossen Auslandsbörsen zeigten sich beruhigt. In New York waren nur unbedeutende Schwankungen der amerikanischen Werte, wenn dort auch deutsche Bonds teils noch Rückgänge erfuhr. Der Höchstkurs der Young-Anleihe stellte sich auf 63 1/2, der niedrigste Kurs auf 59, der Schlusskurs ebenfalls auf 59. Der Vortagsschlusskurs war 63 1/2. Der Umsatz in dieser Anleihe betrug 693 000 Dollar. Bei der Dawes-Anleihe war der Höchstkurs 91, der niedrigste Kurs 86 und der Schlusskurs 86 1/2. Am Vortage hatte die Dawes-Anleihe mit 90 geschlossen. Umgesetzt wurden nur 140 000 Dollar. Nur die Berliner Stadtanleihe gab von 69 auf 61 nach. (Ungarische Stadtanleihen fielen in New York um 10 Dollar.)

An der Londoner Börse, die sich im Verlauf erholen konnte, bewegten sich deutsche Bonds dagegen über Vortagskurs. Auch an der Amsterdamer Börse war die Haltung freundlicher.

Weiter dürfte zur Beruhigung beitragen, dass man in Deutschland von Plänen Abstand nimmt, die dazu geführt haben würden, die Lage Deutschlands im Ausland zu diskreditieren. Es handelt sich um die Pläne, die darauf hinausgingen, die zurückgezogenen Rentenmarkscheine wieder aufleben zu lassen oder gar wieder Notgeld zu schaffen. Denn trotz der zutage getretenen Knappheit an Umlaufmitteln, die dadurch entstanden ist, dass übermässig Gewordene sich „Bargeld in den Strumpf stecken wollten“, sind, wie dies gestern an anderer Stelle des Blattes dargelegt worden ist, an sich Umlaufmittel genügend vorhanden, um dem Bedarf zu genügen. Die Sicherung der Ansprüche an die Banken und an die Sparkassen bleibt bestehen. Die Besorgnis, die zu der Zurückziehung von Geldern und dadurch zu der Einlegung der Bankfeiertage geführt hat, war übertrieben. Die Bankfeiertage werden wieder abgekauft werden.

Die deutschen Börsen allerdings dürften in dieser Woche noch nicht wieder eröffnet werden. Den preussischen Börsen, für die schon eine Regierungsanordnung erlassen ist, wonach sie bis Ende der Woche geschlossen bleiben, dürften sich die übrigen Börsen des Reiches anschliessen. Und wenn sie wieder eröffnet werden, wird sich der Verkehr zunächst auf den Kassaverkehr erstrecken, während der Terminverkehr erst später wieder aufgenommen werden soll. Dabei sei daran erinnert, dass auch während des Krieges und weit später nur ein Kassaverkehr an den deutschen Börsen stattfand, der Terminverkehr aber erst geraume Zeit nachher wieder erstand. Uebergangsbestimmungen für laufende Engagements werden allerdings noch getroffen werden.

Die Beruhigung kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die Reichsmark im Ausland weiteren Angriffen nicht ausgesetzt war. Dass an den meisten Plätzen eine Notierung der Reichsmark nicht stattfand, erklärt sich hauptsächlich durch die Einstellung der Devisennotierungen in Deutschland selbst und mit der augenblicklichen Unmöglichkeit, mit den deutschen Banken in Verbindung zu treten. Als massgebend für die Bewertung der Reichsmark kann man die Londoner Marknotierung ansehen, die gestern nach einigen Schwankungen auf 22.50 Rm. für das Pfund Sterling lautete nach 23.50 Rm. am Vortage, wobei allerdings die Abschwächung der Sterlingsdevisen berücksichtigt werden muss.

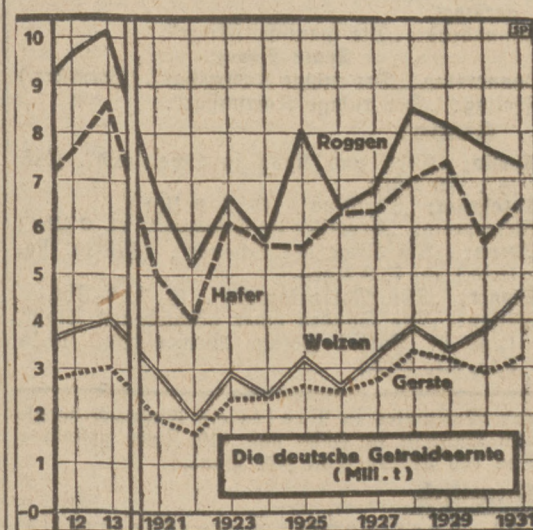
Auch an den ausländischen Warenmärkten

Die deutsche Getreideernte

Für den deutschen Getreideanbau liegen jetzt die endgültigen Feststellungen der bestellten Fläche vor, und damit kann unter Berücksichtigung der Saatensstandsberichte der Ertrag der Ernte bereits hinreichend genau abgeschätzt werden, vorbehaltlich natürlich der noch durch die Witterung bedingten Änderungen, die jedoch nur noch geringfügiger Art sein können.

Besonders hervorstechend ist die sehr bedeutende und beständige Zunahme des Weizen-ertrages im Laufe der letzten neun Jahre. Die Weizen-ernte überschreitet damit den Ertrag, der für 1913 auf die Fläche des heutigen Reiches berechnet wird. Die Zunahme ist namentlich in diesem Jahre sehr beträchtlich.

Im Gegensatz dazu ist die Roggen-ernte in den letzten drei Jahren gleichmässig zurückgegangen, und



wenn sie auch immer noch wesentlich höher liegt als in den ersten Jahren nach dem Kriege, so ergibt sie doch nur noch etwa drei Viertel des mittleren Ertrages der drei letzten Friedensjahre in dem heutigen Reichsgebiet.

Gerste nimmt in ihrem Ertrage ziemlich gleichmässig zu. Ein leichter Rückgang in den vorhergehenden Jahren ist durch die diesjährige Ernte wieder ziemlich ausgeglichen. Der Ertrag ist ungefähr der gleiche wie vor dem Kriege.

Sehr stark zurückgegangen war im vorigen Jahre die Hafer-ernte. Das Ergebnis ist in diesem Jahre etwas besser, doch liegt der Ertrag immerhin noch um etwa 15 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten drei Friedensjahre.

Der Kohlenexport im 1. Halbjahr 1931 in Polen

Die polnische Kohlenausfuhr im Juni belief sich auf 1 181 000 (Mai: 1 155 000) t, wovon 897 000 (Mai: 905 600) t über Danzig/Gdingen ausgeführt worden sind. Die gesamte polnische Kohlenausfuhr im 1. Halbjahr 1931 stellt sich damit auf 6.5 Mill. t gegenüber 5.6 Mill. t im 1. Halbjahr v. J. Hiervon wurden auf den Konventionsmärkten (Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südschweden und Dänzig) 1.5 Mill. (1. Halbjahr v. J. 1.5 Mill.) t, auf den freien Märkten 4.6 Mill. (3.7 Mill.) t abgesetzt, so dass also die Ausfuhrleistung um 877 000 t gegenüber dem 1. Halbjahr v. J. fast ausschliesslich auf die freien Märkte entfällt.

Neue Verkaufsbedingungen für Parfümerien und Kosmetika in Polen

Der Verband der polnischen Fabrikanten von Parfüms und Kosmetika hat am 1. Juli eine Reihe neuer Verkaufsbedingungen in Kraft gesetzt, von denen die wichtigsten die folgenden sind: 1. Skonti für Barzahlung sollen nur noch gewährt werden, wenn die Rechnungen tatsächlich zu den entsprechenden Terminen bezahlt werden; verzögert sich die Zahlung, so soll in keinem Falle mehr ein Skonto gewährt werden. 2. Wenn Zahlung mit Wechseln verabredet wurde, so muss der Wechsel spätestens 14 Tage nach Rechnungsdatum dem Lieferanten ausgehändigt werden. 3. Neue Bestellungen sollen nicht mehr ausgeführt werden, wenn der Besteller noch Beträge für frühere Lieferungen schuldet, für die der verabredete Zahlungs-terminals bereits abgelaufen ist.

Wie aus der Parfümerie- und Kosmetikabranche mitgeteilt wird, sind die Umsätze im Juni wieder um 10—15 Prozent geringer gewesen als noch im Mai, während die Zahl der Wechselproteste weiter gestiegen ist und etwa 25—30 Prozent der insgesamt begebenen Wechsel erreichte. Auch die Konkurrenz des Auslandes hat sich wieder schärfer fühlbar gemacht: die polnischen Produzenten schränken allgemein die Produktion ein. Der Grosshandel in der Branche ist von der Krise derartig mitgenommen worden, dass er zu 50 Prozent liquidieren musste.

Der Beschäftigungsgrad der verarbeitenden Industrie in Polen

Ueber den Beschäftigungsgrad in der verarbeitenden Industrie werden die nachstehenden Angaben gemacht (Anfang Juni 1931):

Industrie	Unternehmen	beschäftigte Arbeiter
Zementfabriken	11	3 650
Ziegeleien	320	15 110
Glashütten	36	8 256
Steine und Erden	14	2 958
Metallindustrie	442	29 555
Maschinenindustrie	246	24 423
Elektroindustrie	43	3 897
Erdölraffinerien	19	3 346
Textilindustrie	534	106 873
Papierfabriken	42	8 269
Gerbereien	66	3 427
Sägereien	459	24 682
Möbelindustrie	19	3 163
Brauereien	77	4 851
Mühlen	151	4 022
Schuhfabriken	20	1 402

Die obigen Angaben beziehen sich auf Unternehmen mit über 20 Arbeitern.

Der deutsche Aussenhandel im Juni und im ersten Halbjahr 1931

Berlin, 15. Juli. (R.) Die Einfuhr im Juni beträgt 607 (im Mai 585) Millionen Rm. Die Zunahme entfällt überwiegend auf die Einfuhr von Rohstoffen und zu einem geringen Teil auf die Einfuhr von Fertigwaren. Die Ausfuhr stellt sich im Juni auf 713 (Mai 747) Mill. Rm., wozu noch Reparationsachtforderungen im Werte von 33 (37) Mill. Rm. kommen. Der Rückgang der Ausfuhr um 37 Mill. Rm., darunter 26 Mill. Rm. bei den Fertigwaren, beruht überwiegend auf dem weiteren Absinken des durchschnittlichen Preisniveaus, aus dem gegenüber dem Vormonat um 3 Prozent gefallen ist. Die Handelsbilanz für Juni schliesst also mit einem Ausfuhrüberschuss von 106 Mill. Rm. ein, einschliesslich der Reparationsachtforderungen mit

Firmennachrichten

Konkurse

- E. Eröffnungstermin. K. Konkursverwalter.
A. Anmeldetermin. G. Gläubigerversammlung.
Termine finden in den Bürgergerichten statt.
Gnesen. Konkursverfahren Józef Polito wicz. Der am 1. 7. 1931 vereinbarte Zwangsvergleich ist bestätigt worden.
Gnesen. Konkursverfahren Pa. Bracia Rosiñscy, ul. Dąbrowski 14. E. 7. 7. 1931. K. Rechtsanw. Staszak. A. 3. 8. 1931. Erster Termin 29. 7. 1931, 10 Uhr. G. 5. 8. 1931, 10 Uhr.
Inowrocław. Fa. „Bazar“, Inh. Wanda Dymkowska in Kruschwitz. Konkursverfahren niedergeschlagen, da der am 28. 2. 1931 vereinbarte Zwangsvergleich Rechtskraft erlangt hat.
Posen. Konkursverfahren Wielkopolska Hurtownia Szkła, S. A. E. 1. 7. 1931. K. Zygmunt Giziella, Spokojna 11. A. 16. 9. 1931. Erster Termin 30. 7. 1931, 10 Uhr. G. 30. 9. 1931, 11 Uhr, Zimmer 23.
Schidberg. Konkursverfahren Michalina Czyżewska. Termin zur Prüfung der gemeldeten Forderungen 11. 8. 1931, 12 Uhr, Zimmer 44.
Thorn. Marwin-Film. Konkursverfahren infolge mangels Masse aufgehoben.

Gerichtsaufsichten

- Termine finden in den Bürgergerichten statt.
Bromberg. Bank M. Stadthagen, S. A. / Zahlungsaufschub auf 3 Monate, bis 27. 9. 1931, erteilt. Vermögensverwalter Rechtsanwalt Bernard Ciszewski und Direktor Józef Witke.
Königsberg. Fa. Samuel Wollenberg. Zahlungsaufschub abgelaufen, Verhüttungsverfahren niedergeschlagen.
Myslowitz. Wladyslaw Tomczak aus Janowo Mielskie. Zahlungsaufschub auf weitere 3 Monate, bis 6. 10. 1931, erteilt.
Posen. Bank Przemyslowców, S. A. Verhüttungsvertrag angenommen und bestätigt.
Posen. Fa. Pol. Polska Fabryka WYROBÓW Papierowych. Zahlungsaufschub auf 3 Monate, bis 24. 9. 1931, erteilt. Vermögensverwalter Zygmunt Giziella, ul. Spokojna 11 und Leon Dolewski, Sw. Marcin 14.
Strasburg. Jan Feliks Wilczewski. Zahlungsaufschub bis 5. 10. 1931 verlängert. Vermögensverwalter bleibt Leon Bizan.
Wronke. „Parowa Cegielnia“, Inh. Franciszek Janiszewski. Zahlungsaufschub auf 3 Monate, bis 30. 9. 1931, erteilt. Vermögensverwalter Marjan Jasiński.

Generalversammlungen

25. 7. „Poznańska Kolej Elektryczna“ A. G. in Posen, ul. Gajowa 1. Ordentl. G.-V. 12 Uhr in den Räumen der Aktiengesellschaft.
30. 7. „Hugger-Brauerei“, S. A., in Posen, ul. Półwiejska 25. Ordentl. G.-V. 11 Uhr in den Administrationsräumen der Brauerei.
30. 7. Towarzystwo Kredytowe dla Reemigrantów in Posen. Ausserordentl. G.-V. 11 Uhr im Saale der Zjednoczenie Zawodowe Polskie, ul. Działyński 3.

einem solchen von 139 Mill. Rm. ab. Für den Zeitraum Januar bis Juni 1931 ergibt sich bei 3700 Mill. Rm. tatsächlicher Einfuhr und 4518 Mill. Rm. Ausfuhr ein Aktivsaldo von 818 Mill. Rm.; unter Einrechnung der Reparationsanlieferungen von 250 Mill. Rm. beträgt der Ausfuhrüberschuss 1068 Mill. Rm.

Erhöhung des deutschen Diskonts

Der Reichsbankdiskont ist durch Verfügung von 7 auf 10% erhöht worden. Der Lombarddiskontsatz wurde von 8 auf 15% festgesetzt.

Verkehrspläne

In Stockholm werden Beratungen des internationalen Bahntransportkomitees gepflogen. Es sind Beschlüsse bereits hinsichtlich eines neuen Abkommens zwischen den Bahnverwaltungen über die Regelung der Reklamationen, anderer Transportfragen im internationalen Verkehr, über neue Ausführungsbestimmungen zur Berner Konvention usw. gefasst worden. Ausserdem haben die polnischen Delegierten einige Konferenzen mit Vertretern der Industrie- und Handelskreise Schwedens über den direkten Verkehr von Schweden nach Polen auf dem Seewege über Gdingen abgehalten. Ein Massstab des Interesses der schwedischen Industriekreise für diesen Verkehr ist die Tatsache, dass das schwedische Kapital auf eigene Kosten ein Trajekt zum Transport von Waggons mit Waren von einem der Südhäfen in Schweden nach dem Gdingen Hafen einzurichten beabsichtigt. Auf diese Weise könnte man die kürzeste und billigste Verbindung zwischen den beiden Staaten erlangen, was die Belebung des polnisch-schwedischen Handelsverkehrs sehr günstig beeinflussen würde.

Zucker

Die letzten Zuckernotierungen an den Haupt-Weltbörsen, insbesondere aber an der Londoner, Hamburger und New Yorker Börse, standen unter dem Einfluss der Verhandlungen über das Hoover-Moratorium für Deutschland. Nach einer vorübergehenden Steigerung Ende Juni des Jahres sind die Zuckernotierungen wieder fast auf die Höhe, die sie Mitte Juni innehielten, zurückgegangen. In Amerika ist die Nachfrage nach Rohmaterial bedeutend, so dass die Preise in die Höhe gingen. Es herrscht die Überzeugung vor, dass die Lage des amerikanischen Zuckermarktes eine grosse Besserung erfahren hat, da die grosse Hitze, die in Nordamerika herrscht, zu einer Zunahme des Zuckerverbrauchs in Gestalt verschiedener kühler Getränke, Eis usw. beiträgt. Dagegen hat die Lage der Zuckerindustrie in einigen europäischen Ländern, wie Deutschland, England und Italien, wegen Abnahme des Verbrauchs eine Verschlechterung erfahren.

Zollerhöhungen in Lettland

Riga, 16. Juli. (R.) Die Saeima nahm die Zollvorlage der Regierung, die eine beträchtliche Erhöhung des Einfuhrzolls auf zahlreiche Erzeugnisse der Landwirtschaft und Industrie bringt, an.

Bankfeiertage auch in Danzig

Danzig, 16. Juli. (R.) Der Senat hat die Tage von Mittwoch, dem 15. Juli bis Sonntag, dem 18. Juli einschliesslich zu Bankfeiertagen erklärt. Für die Bank von Danzig gelten diese Feiertage nicht. Sie wird ihren Geschäftsbetrieb in vollem Umfange aufrechterhalten.

Aufhebung der Zollprämien auf Gerste?

Warschau, 16. Juli. Die „Gazeta Handlowa“ gibt in Interessentenkreisen verbreitete Gerüchte wieder, wonach die Regierung beabsichtigt, die bei der Ausfuhr von Gerste bisher gewährte Zollprämie von 4 Zl je 100 kg abzuschaffen.

Kempen

X Sacharinhandel. Ein unerlaubter Sacharinhandel wurde in Wodziecno entdeckt. Er wurde von Andreas Lafomy und Hedwig Czarna betrieben. Der Sacharin wurde beschlagnahmt.

X Verhaftet. Verhaftet wurde der 17-jährige Johann Borucki aus Trzciniec, der mehrere Diebstähle auf dem Gewissen haben soll.

gr. Ruhestreife. Abends gegen 7 Uhr wurde in der Nähe von Kempen ein Eisenbahnschaffner, welcher mit einem Zuge auf der Strecke Schildberg-Kempen mitfuhr, von vier hütenden Kindern mit Steinen beworfen. Der Schaffner wurde von den nach ihm geworfenen Steinen erheblich verletzt.

Kalichow

t. Wiesenbau. Bei der am 8. Juli stattgefundenen Wiesenbau durch den Landwirtschaftlichen Verein in Kalichow wurden die Wiesen von den Mitgliedern der Wela in den Ortschaften Lewowice, Prądnikowice, Józefów und Moczanka bepflanzt. Desgleichen wurden Wiesenbau im Kreise Jarosław durch die Ortsgruppe Cerekwie Nowe und im Kreise Schildberg durch den Verein Kalichowice und Umgebung veranstaltet. Neben der Bepflanzung von Wiesenbestand und Gräser wurde von Herrn Wiesenbaumeister Plathe-Polten der Untergrund der Wiesen untersucht und den Mitgliedern an Ort und Stelle Ratsschlüsse und Fingerzeige zur richtigen Behandlung ihrer Wiesen gegeben. Ebenso wurde über die Zusammenstellung der Grasarten bei den jeweiligen Bodenverhältnissen gesprochen und die nötige Aussaat festgesetzt.

Schildberg

gr. Einbruch. Nachts wurde in die Wohnung des Leon Bat in Prądnikowice, Kreis Schildberg eingebrochen. Die Diebe entwendeten eine Uhr, Anzüge und verschiedene andere Sachen im Gesamtwert von 300 Zloty. Der Polizei gelang es, die Diebe zu fassen und hinter Schloss und Riegel zu bringen.

Ciffa

k. Am gestrigen Mittwochmarkt blühte man bei reichlicher Anfuhr für das Pfund Butter 1,90—2,10, Weichkäse 0,35—0,40, die Mandel Eier 1,50. Am Gemüsemarkt zahlte man für Schnittbohnen 0,20, Schoten 0,20, ein Kopf Blumenkohl 0,30—0,70, Weißkohl 0,15—0,30, ein Bund Mohrrüben 0,10, grüne Gurken 0,05—0,10, neue Kartoffeln 0,07, ein Bündchen Zwiebeln 0,10, Pfefferlinge 0,40—0,50, Johannisbeeren 0,35 bis 0,45, Stachelbeeren (reife) 0,70—0,90, Blaubeeren 0,40, Kirschen 0,60—1,20, Himbeeren 0,50, Walderdbeeren 0,50, Gartenerdbeeren 0,70—0,90. Am Fischmarkt zahlte man pro Pfund Karpfen 2,20—2,40, Barsche 1,30—1,50, Karauschen 1—1,20, Aale 1,90—2,10, Schleie 1,40—1,60. Für ein Huhn forderte man 3—5,50, ein Paar Tauben 1,20 bis 1,60 Zloty.

k. Einbruchsdiebstahl. In einer der letzten Nächte wurde in das Büro des Magistrats

Neues Benzin-Mischungs-gesetz in der Tschechoslowakei

Ein Gesetzesantrag über die „zwangsweise Mischung von Spiritus mit Triebstoffen“ wurde von der Regierung dieser Tage dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Es handelt sich um ein Rahmengesetz, das die detaillierte Regelung einer Regierungsverordnung überlässt. Die obligatorische Mischung wird vorläufig nur für Benzin mit geringerer Dichte als 790 Grad eingeführt. Der Mischungszwang für alle Oele, die der Mineralölsteuer unterworfen sind und zum Antrieb von Motoren verwendet werden, bleibt gleichfalls der Regierungsverordnung vorbehalten. Das Gesetz enthält auch Strafbestimmungen und tritt am 15. Februar 1932 in Kraft.

Märkte

Getreide. Posens, 16. Juli. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty tr. Station Poznań

Richtpreise:

Weizen	24.50—25.00
Roggen	23.75—24.25
Wintergerste	19.00—20.00
Futterhafer	27.50—28.50
Roggenmehl (65%)	39.50—40.50
Weizenmehl (65%)	40.00—43.00
Weizenkleie	13.50—14.50
Weizenkleie (dick)	15.00—16.00
Roggenkleie	14.50—15.50
Rübsamen	28.00—29.00

Gesamtentendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 90to, Weizen 315to, Wintergerste 15to.

Danzig, 15. Juli. Letzte amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 128 Pfd. 16.50—16.75, Weizen, 124 Pfd. 15.75, Roggen, für Mühle 17, Roggen, nicht einwandfrei 15, Gerste 16, Wintergerste 13—13.25, Hafer 18.50—19, Rübsen, neuer 21—22.50, Raps 19.75, Roggenkleie 10, Weizenkleie, grobe 10—10.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 2, Roggen 1, Hafer 1, Hülsenfrüchte 3, Saaten 3.

Produktenbericht. Berlin, 15. Juli. Das Geschäft an der Produktenbörse hat keine nennenswerte Belebung erfahren. Namentlich in Getreide neuer Ernte bleibt die Unternehmungslust gering. Das Angebot von Brotgetreide alter Ernte ist mässig, bei wenig veränderter Marktlage. Das regnerische Wetter bietet eine gewisse Stütze. Die Forderungen für Weizen, Roggen und Hafer sind behauptet. Soweit es sich ermöglichen lässt, wird von den Verkäufern Barzahlung verlangt. Abschlüsse erfolgen naturgemäss nur für den notwendigen Konsumbedarf, zur sofortigen Lieferung. Der Mehlsatz ist normal bei unveränderten Preisen. Für einzelne Mehlmärkte sind leichte Preisbesserungen durchzuholen. Hafer alter Ernte bleibt gefragt und liegt gut stetig. Wintergerste hat stilles Geschäft.

Getreide. Bromberg, 14. Juli. Die Industrie- und Handelskammer in Bromberg notiert folgende Preise für 100 kg in Zl. franko Verladestation, im Grosshandel: Weizen 23.50—24, Roggen 23—23.50, Wintergerste 18.50—19.50, Hafer 27—27.75, Weizenkleie 13—15, Roggenkleie 14—15. Marktverlauf: ruhig.

Thorn, 15. Juli. Notierungen der Getreidekäufer in Thorn. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Zl. franko Verladestation in Pommerellen, für Kleien franko Empfangsstation. Gutswagen 24—25, Marktweizen 24—24.50, Roggen 23—23.75, Marktgerste 24 bis 25, Hafer 26—27, Weizenmehl 40—43, Roggenmehl 39, Weizenkleie 14—15, Roggenkleie 14.50—15.50, Viktoriaerbsen 30—32, Felderbsen 28—30, Peluschken 33—36, Wicken 32—36, Blaulupinen 22—25, gelbe 30 bis 35. Marktverlauf: ruhig.

Graudenz, 14. Juli. Die Firma Rosanowski notiert loco Mühle für 100 kg in Zl.: Weizenluxusmehl 70, einschl. Sack, Weizenmehl 4/0 50, einschl. Sack, Roggenmehl 42, einschl. Sack, Grützmehl 48, einschl. Sack, Rübensamen 48, einschl. Sack, gemischt. Schrot 32, Gerstenschrot 32, Roggenschrot 32, einschl. Sack, Weizenmehl 40, einschl. Sack, Roggenkleie 20, Weizenkleie 20, grobe Weizenkleie 20. Marktverlauf: ruhig.

Berlin, 15. Juli. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 250—251, Roggen, märk. 185 bis 190, Wintergerste 152—160, Hafer, märk., pomm. 160—166, Weizenmehl 30.75—36.75, Roggenmehl 26.75 bis 29.50, Weizenkleie 12.50—12.75, Roggenkleie 11.25 bis 11.50, Viktoria-Erbsen 26—31, Futtererbsen 19 bis 21, Ackerbohnen 19—21, Wicken 24—28, blaue Lupinen 16—17.50, gelbe Lupinen 22—27, Rapskuchen 9.30 bis 9.80, Leinkuchen 13.60—13.80, Trockenschrot 7.50 bis 7.70, Soja-Schrot 12.60—13.40.

Vieh und Fleisch. Warschau, 15. Juli. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.55—2.00 Zl. Aufgetrieben wurden 700 Stück. Rest des Vormarktes 211 Stück. Tendenz: weiterhin fest.

Zucker. Magdeburg, 15. Juli. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliessl. Sack): März 8.15 Brief, 8.05 Geld, Mai 8.35 bzw. 8.25, Juli 7.00 bzw. 6.90, August 7.10 bzw. 7.05, September 7.20 bzw. 7.15, Oktober 7.40 bzw. 7.35, November 7.65 bzw. 7.60, Dezember 6.85 bzw. 6.80. Tendenz: ruhig.

Posener Börse

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %	16. 7.	14. 7.
8 1/2% staatl. Goldanleihe (100 G.-st.)	43.00G	45.00B
5% Konvertierungsanleihe (100 Zl.)	—	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dolaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
6% Pfandbr. der staatl. Agrarb. (100 G.-st.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Pos. (100 Sch.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Pos. (100 G.-st.) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. St. Pos. (100 G.-st.) v. J. 1926	—	—
8% Dolarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	96.75B	91.00B
4% Konvertierungsfand. d. P. Ldsch. (100 st.)	33.50G	33.25B
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:	14.25B	—
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	—	—
3 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3 1/2% Pos. Pr.-Oblig. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-st.)	82.00G	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Industriek Aktien

	16. 7.	14. 7.		16. 7.	14. 7.
Bank Polski	115.00B	120.00G	Hartwig G.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysl.	—	—	Horsf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadtthagen	—	—	Mlyn Wagrow.	—	—
Arkons	—	—	Mlyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Pieton	—	—
Bzaski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarzka	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Copiana	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Gródzki Elekt.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Kuk. Zdanj	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: behauptet.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Warschauer Börse

Warschau, 15. Juli. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 9.13, Goldrubel 4.95, Tschernowetz 0.35 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.77, Budapest 155.35, Bukarest 5.30, Danzig 172.00, Helsingfors 22.45, Spanien 84.50, Kairo 44.47, Kopenhagen 238.75, Oslo 238.75, Riga 171.86, Sofia 6.45, Stockholm 239.10, Tallinn 237.60, Montreal 8.90%.

Fest verzinsliche Werte

	15. 7.	14. 7.
5% Staatl. Konvert. Anleihe (100 st.)	46.00	46.00
6% Dolar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	75.50	—
10% Eisenbahn-Konvert. Anleihe (100 st.)	104.00	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	—	—
4% Prämien-Investitions-Anleihe (100 G.-st.)	82.00	83.00
7% Stabilisierungs-Anleihe	—	—

Industriek Aktien

	15. 7.	14. 7.		15. 7.	14. 7.
Bank Polski	115.00	114.00	Wegiel	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polka Nafta	—	—
Bk. Zaczadaj	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	25.00
Grodzisk	—	—	Lilpop	15.50	16.50
Pala	—	—	Modrzewjow	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elekt. Dabr.	—	—	Ostrowicki	34.00	—
Elektrochem.	—	—	Parowoz	—	—
P. T. Elekt.	—	—	Pociąg	—	—
Starachowice	8.50	—	Rohm	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudki	—	—
Kabel	—	—	Staparkow	—	—
Sila i Swiatlo	—	—	Urus	—	—
Chodorow	—	—	Zieleniewski	—	—
Czarnk	—	—	Zawiercie	—	—
Czestochowa	31.50	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jankow	—	—
Michalow	—	—	Sydykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haerbusch	—	—
W. T. F. Cukro	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Lazy	—	—	Zegluga	—	—
Wysok	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Mirkow	—	—
Drzewo	—	—	Kijowski	—	—

Tendenz: überwiegend schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	15. 7.	15. 7.	14. 7.	14. 7.
Amsterdam	—	—	—	—
Danzig	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—
Brüssel	—	—	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	—	—	—	—
New York (Scheck)	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—
Rom	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	—

Tendenz: uneinheitlich.

Sämtl. Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Posener Kalender

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Wiesty.
Donnerstag: „Walzerzauber“.
Freitag: „Die Jüdische Waise“.
Sonntag: „Halka“ (Abschiedsvorführung der ganzen Spieltruppe).

Teatr Polski.
Donnerstag: „Die spanische Fliege“.
Freitag: „In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag“.
Sonntag: „Die spanische Fliege“.

Teatr Nowy.
Donnerstag: „Der ruhige Kommissar“ (Premiere).
Freitag: „Der ruhige Kommissar“.

Kinos:
Apollo: „Cohn und Kelly in Schottland“ (1/5, 7, 9 Uhr).
Colosseum: „Christine“ (5, 7, 9 Uhr).
Metropolis: „Expreser im Dancing“ (7, 9 Uhr).
Odeon: „Am Wege der Schande“ (Maria Małucha) (5, 7, 9 Uhr).
Sloane: „Der Marinelaupen“ (5, 7, 9 Uhr).
Wilson: „Die Sünden einer geschiedenen Frau“ (Lpa de Putti) Ferner Wochenchau. (5.15, 7.15, 9.15 Uhr).

und Postamt in Piaśni ein Einbruch verübt und Bargeld in Höhe von 110 Zloty gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Kawitsch

Unerlaubte Grenzübertreitte. Die Grenzpolizei verhaftete in der letzten Zeit 23 Personen, welche auf illegale Weise die Grenze überschritten haben, um in den deutschen Wäldern nach Beeren und Pilzen zu suchen. Die gestellten Personen leben ihrer Bestrafung entgegen.

Eine ungewöhnliche Wette schloß ein gewisser Engelbert Werner ab, der sich verpflichtete, die deutsch-polnische Grenze ohne Papiere zu überschreiten. Als Beweis sollte er Briefe aus Polen senden. Der erste Versuch gelang auch. Doch als er in einem Gasthaus dicht an der Grenze den Brief schrieb, ereilte ihn sein Schicksal in Gestalt eines Grenzgers. Anstatt Gewinn einzustreichen, wird W. nun Strafe zahlen müssen.

Ein erfrischendes Gewitter brachte am Mittwochabend reichlichen Regen. Den mitten in der Ernte stehenden Landwirten wird derselbe wenig erwünscht sein.

Budewich

Messerschnecker. Auf dem Wege von Bromno nach Budewich kam es zwischen heimkehrenden Teilnehmern eines Vergnügens zu einer Schlägerei, bei der ein Józef Prądnik von einem Teodor Stubiński so unglücklich durch einen Messerstich verletzt wurde, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus starb. Der Täter ist flüchtig.

Wettervorhersage für Freitag, den 17. Juli

Wohlfühl und noch einzelne Schauer. Ziemlich kühl bei mäßigen Westwinden. Sonnenuntergang 19.50; Mondaufgang 3.38. Monduntergang 21.01.

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Donnerstag, den 16. Juli

Heute früh 7 Uhr: Temperatur der Luft + 15 Grad Cels. Südwestwinde, Barometer 747. Bewölkt.
Wetter: Höchste Temperatur + 27, niedrigste + 14 Grad Cels. Niederschläge 2 mm.
Donnerstag, 16. Juli: Sonnenaufgang 3.32, Wasserstand der Warthe am Donnerstag, dem 16. Juli: + 0,16 Meter.

Zwangsvorstellungen

em. Zwangsvorstellungen. Freitag, 17. d. Mts. nachm. 2 Uhr in Sepolno auf dem Alten Markt: ein Personauto „Boffin“, Bierfahrer in sehr gutem Zustande. — Freitag, 17. und Sonnabend, 18. d. Mts., vorm. 10 Uhr: 40 000 Ag. Dauerwurst (Salami) in kleinen und größeren Porten, im Geschäft Grochow Laś (Südstr.). — Mittwoch, 22. d. Mts., vorm. 11 Uhr in Gnesen, ul. Witkowska 6, in der Maschinenfabrik Herkules: ein großer Dampfkessel und ein Lastauto „Opel“. — Freitag, 24. d. Mts., vorm. 11 Uhr in Gnesen, ul. Warjawka 20 (Wasserkraft): eine komplette Kanalisationseinrichtung, Journeureisen, Bandagen und verschiedene Hobel und Fräsmaschinen. Sämtliche Gegenstände sind neu.

Geschäftliche Mitteilungen

Von den Geheimnissen der Kochkunst

Es gibt ein altes orientalisches Märchen vom Jwerg, der durch seine Kochkunst die Gunst des großen Kalifen gewann. Doch als einmal ein Gast aus Frankistan die vorzügliche Pastete tadelte, in der seines Erachtens eine besondere Würze fehlte, drohte dem armen Zwerglein die Todesstrafe. Aus dieser Not rettete ihn seine vertraute Gans, eine verzauberte Prinzessin, die ihn in der Nacht an eine Stelle führte, wo Zunderrohr wuchs. Der Zuder gab der Pastete den richtigen Geschmack und dem berühmten Koch seinen guten Namen zurück. Dieses Geheimnis des Dicens wurde allen guten Köchen bekannt. Der Zuder verfeinert die

Allerlei vom Tage



Dr. Schacht — Währungskommissar?

Wie verlautet, soll die Reichsregierung die Absicht haben, einen Währungskommissar einzusetzen; als ernstester Kandidat für diesen Posten gilt der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der auch im Auslande großes Ansehen genießt.

Verhaftung von Polizisten wegen grausamer Behandlung von Gefangenen

Warschau, 16. Juli. (Eig. Telegr.) Der Bielskoter Wojewode erhielt vor einiger Zeit Meldungen darüber, daß drei Polizeibeamte der Bielskoter Geheimpolizei bei der Vernehmung von Personen unerlaubte Methoden anwendeten und von Verhafteten, zum Teil mit sehr grausamen Mitteln, Geständnisse erzwungen hätten. Der Wojewode hat diese Angelegenheit dem Staatsanwalt vorgestellt. Die drei Beamten wurden zur Disposition gestellt, und es ist gleichzeitig eine Untersuchung gegen sie eingeleitet worden. Außerdem wurde auch die Untersuchung gegen die verantwortlichen Polizeioffiziere eingeleitet.



Frankreichs Vertreter auf der Londoner Konferenz de Pesier.

Abteilungsleiter für Reparationen im französischen Finanzministerium, der Frankreich in der Sachverständigenkonferenz zur Regelung der technischen Fragen des Hoover-Planes in London vertreten wird.

Die letzten Telegramme

Abkürzung eines britischen Vermessungsflugzeuges am Nil

Nairobi, 15. Juli. (Reuter, N.) Erst jetzt wird bekannt, daß am 10. d. Mts. unweit der Grenze von Uganda und dem Sudan ein Landvermessungsflugzeug in den oberen Nil gestürzt ist. Von den drei Insassen konnte nur einer gerettet werden, die andern beiden sind ertrunken.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Erwerbslosen

Dortmund, 16. Juli. (N.) Zu schweren Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und der Polizei kam es am Mittwoch in Schwerte. Trotz des polizeilichen Verbots versuchte eine größere Anzahl Erwerbsloser zu demonstrieren. Die Polizei schritt ein, wurde aber mit Steinen beworfen, so daß sie Schreckschüsse abgeben mußte. Doch bedrängte die Menge die Beamten weiter so stark, daß diese sich gezwungen sahen, scharf zu schießen. Der Arbeiter Reinhold aus Schwerte wurde tödlich getroffen, ein anderer Demonstrant schwer verletzt. Mit Hilfe des Überfallkommandos aus Hagen gelang es schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen.

Die ungarischen Ozeanflieger gesichtet

New York, 16. Juli. (N.) „Associated Press“ empfing von dem Dampfer „Mama“ ein drahtloses Telegramm, daß die ungarischen Ozeanflieger heute früh um 8.15 Uhr MEZ. auf 49.25 Grad nördlicher Breite und 40.50 Grad westlicher Länge gesichtet worden sind.

Vom 29. August bis 7. September werden in Cleveland in den Vereinigten Staaten Fliegerwettbewerbe veranstaltet. Die polnischen Flugzeugwerke haben Hauptmann Dłuski dazu delegiert.

Die außerordentliche Session des rumänischen Parlaments ist geschlossen worden. Die Parlamentsferien werden bis zum 15. Oktober dauern. In ihrer letzten Sitzung faßte die Kammer einen Beschluß über Aufhebung der Unantastbarkeit des Abg. Dobresco, eines früheren Unterstaatssekretärs, dem Verfehlungen zum Schaden des Fiskus vorgeworfen werden.

Nach einer Meldung aus Nanking hat Marshall Tchang-Kai-Schek, der an der Spitze seiner Armee sich bemüht, die roten Truppen zur Aufgabe Kantons zu zwingen, gestern von der Front eine Depesche geschickt, in der er mitteilt, daß die Regierungstruppen nach erbitterten Kämpfen tief in den rechten Flügel der Roten Armee eingedrungen wären. Dabei hätten sie Kwang-Tung eingenommen. Die roten Truppen ziehen sich in nördlicher Richtung in Unordnung zurück.

Der von den Kommunisten gestern in Deutschland veranstaltete Arbeits-Jahrestag hat im allgemeinen einen ruhigen Verlauf genommen. Nur in einigen Städten ist es zu mehr oder weniger scharfen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei gekommen. Besonders aggressiv waren die Demonstranten in Darmstadt, wo die Polizei mehrfach eingreifen mußte.

Der Kreis Baranowicz ist von einem heftigen Unwetter heimgesucht worden. Fünf Wirtshäuser gerieten durch Blitzschläge in Brand und wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf etwa 30 000 Zloty beziffert. Durch den heftigen Sturm wurde auf dem Gute Kolbuszewo eine Scheune umgeworfen.

In Gleiwitz hat ein Arbeitsloser, der 51-jährige Hajos, seine 64-jährige Ehefrau ermordet, indem er sie mit mehreren Artschlägen den Kopf vom Rumpf trennte. Der Mörder stellte sich dann selbst der Polizei, die ihn in Untersuchungshaft nahm. Man nimmt an, daß er den Mord unter dem Einfluß einer augenblicklichen Umnachtung begangen hat.

Ein Passagierflugzeug, das von Cannes nach Paris flog, stieß infolge Nebels an eine Bergspitze und wurde zerstört. Der Pilot und zwei Passagiere erlitten den Tod auf der Stelle; zwei weitere Passagiere sind schwer verletzt worden.

Wieder einmal der kleine Sparer betrogen

Vertrachte Bau-„Genossenschaft“

2200 kleine Sparer um 1300000 Zloty geprellt

Die Oberschlesische Tagespresse brachte Ende voriger Woche die Nachricht, daß der Staatsanwalt die Verhaftung des Leiters der „Budowlana Kasa Oszczednosci i Pozyczki“, Otto Pomowski in Katowisz ganz überraschend verfügt hätte. Diese Nachricht zeigt eine betrügerische Affäre von großem Ausmaß. Trotz der sofortigen Nachforschungen gelang es der Polizei bisher nicht, den betrügerischen Geschäftsführer zu verhaften. Im Gegenteil, dieser erlaubte sich dem Staatsanwalt gegenüber den reichlich geschmacklosen „Scherz“, ihm über seinen Rechtsanwalt am Sonntabend mitteilen zu lassen, daß er sich „freiwillig“ der Staatsanwaltschaft gegen die Zufuhr stellen würde, daß er auf freiem Fuß bleiben könne. Selbstverständlich hat sich der Staatsanwalt auf diese Zumutung nicht eingelassen. Die polnische

Die verspätete Regenperiode in Mexiko hat plötzlich mit sehr heftigen Niederschlägen eingesetzt, die großen Schaden angerichtet haben. In der Nähe der Hauptstadt sind viele Häuser durch Flüsse und Kanäle überflutet worden. Die Wege und telegraphischen Leitungen zerstört worden. Die Südpazifischebahn hat arge Verwüstung erlitten. Die Bahnverbindungen mit dem nordwestlichen Teil des Landes und mit Los Angeles sind auf unbestimmte Zeit vollkommen gestört. In der Gegend von Nayarit sind zahlreiche Tunnels überflutet worden. In vielen Stellen hat das Wasser die Bahndämme unterpült.

In der Nähe von Wehlau, an einer Kreuzung der Chaussee mit dem Bahndamm, für ein Güterzug auf ein Personenauto, in dem sich die Familie eines Baumeisters aus Wehlau befand. Das vom Zuge mitgerissene Auto wurde vollkommen zertrümmert. Der Baumeister erlitt mit Frau und drei Töchtern den Tod auf der Stelle. Eine vierte Tochter trug sehr schwere Verletzungen davon und ringt mit dem Tode.

In Helsingfors wollte auf der Durchreise nach Leningrad General Nobile, der auf Einladung der Sowjetbehörden an der Expedition des Eisbrechers „Malgin“ nach dem Franz-Josefs-Land teilnehmen soll. Wie er Journalisten gegenüber erklärte, will er die Spuren der bei der Nordpolexpedition im Jahre 1928 verschollenen Gefährten und des Flugzeugs „Latham“ aufsuchen, auf dem damals Amundsen mit dem Piloten Gullbaud der Nobile-Expedition zu Hilfe geeilt war.

Ein dreifacher Einbruch wurde in die Büroräume des Bielsker Magistrats verübt. Die Täter waren in der Nacht mittels einer Leiter in das erste Stockwerk des Gebäudes gelangt, von wo sie durch den Stadtverordnetenratssaal in das Arbeitszimmer des Bürgermeisters eindringen. Dort bohrten sie eine Öffnung in den Fußboden und gelangten so in die Stadtkasse, wo sie aber nur 50 Groschen vorfanden. Inzwischen war durch den Magistratsboten die Polizei alarmiert worden. Die Banditen flüchteten darauf, indem sie mehrere Revolverkugeln abgaben.

Nach einer Meldung aus Wilna wurde ein Einwohner des Dorfes Androny, Pawel Barowski, im Walde mit mehreren Messerschlägen im Rücken aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Barowski von einem Chonts Chatkiewicz aus dem Dorfe Kurnopol überfallen worden war. Der Täter, der die Tat aus Rache wegen eines verlorenen Prozesses beging, wurde festgenommen.

wig und warf hier weiter seine Rede nach denjenigen aus, die nie alle werden. Auch ihm gelang es, unter der arbeitenden Bevölkerung zahlreiche neue Opfer zu finden.

Im ganzen wurden nicht weniger als 2200 Genossen um insgesamt 1300 000 Zloty geschädigt.

Pomowski, der, wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, aus einem sibirischen Gefängnis nach Oberschlesien kam, versteckte sich sofort unter den Deckmantel der Sanacja und gab auch ein eigenes Blatt unter dem Namen „Echo Tygodnia“ heraus, welches stamm den Regierungskurs steuerte. In einer Sonderausgabe hatte dieses Blatt am Freitag die Dreifachheit, zu behaupten, daß der Haftbefehl gegen Pomowski auf Konkurrenzmanöver und irreführende Informationen an die Staatsanwaltschaft zurückzuführen sei. Außerdem hat der „Vorstand“ noch die ungeheure Dreifachheit, an einzelne Zeitungen, wie beispielsweise an die „Kattowitzer Zeitung“, „Berichtungen“ zu schicken, in welchen alle Verfehlungen abgetritten werden. Dieser Vorstand wagt es, Berichtungen an Zeitungen zu schicken, obwohl die Revision Betrugsmanöver und Wechselkassenebenungen übeler Art in wandfrei festgestellt hat. Dagegen konnte die Revision nicht einen einzigen Groschen Bargeld in der Kasse entdecken. Unrechtmäßig ausgestellte oder gefälschte Wechsel werden kaum als Aktiengeld anzugerechnet sein!

So steht die werktätige Bevölkerung Oberschlesiens wieder einmal vor der traurigen Situation, daß gerissene Banditen und Betrügler kleinen Sparen unter Vorpiegelung falscher Tatsachen das Geld aus der Tasche gelockt und ihre Notlage in gemeinster Weise ausgebeutet haben. Dieses Verbrechen ist offener Diebstahl an den armen Bevölkerungsteilen, der an die Betrugsmanöver von Charnas, dem gerissenen Kassierer der L. O. P. P., erinnert. Es wäre nur dringend zu hoffen, daß das Gericht auch in diesem Falle rücksichtslos durchgreift und die beiden Hauptbetrüger sowie die anderen Mitglieder des Vorstandes auf lange Jahre hinter Schloß und Riegel bringt, so daß die Bevölkerung vor ihnen sicher ist.

Aufhörender Bahnvergünstigungen für Beamte

Warschau, 16. Juli. (Eig. Telegr.) Wie verlautet, wird die Regierung in aller nächster Zeit die Eisenbahnvergünstigungen für Beamte auf Legitimationen abschaffen und außerdem nicht mehr die Kosten für die Ausbildung von Beamtenkindern in mittleren Privatschulen tragen. Die Eisenbahnfahrt-Ermäßigungen, die die Beamten bisher genossen, sollen dadurch ersetzt werden, daß jedesmal bei einer Fahrt die Notwendigkeit der Reise des Beamten geprüft und in diesem Falle eine Fahrtermäßigung ausgestellt wird. Bekanntlich haben bisher die Staatsbeamten das Recht gehabt, eine fünfzigprozentige Ermäßigung bei allen Reisen zu verlangen.

Verhaftung eines Majors des Generalstabs wegen Spionage

Warschau, 16. Juli. (Eig. Telegr.) Die Warschauer Militärbehörden sind gestern zur Festnahme eines Offiziers der vierten Abteilung des Generalstabs in Warschau geschritten. Es handelt sich um den Diplommajor Peter Demolowski, der der Spionage zugunsten eines fremden Staates verdächtigt wird. Major D. ist dem Untersuchungsgefängnis des Warschauer Militärbezirksgerichts eingeliefert worden. Einzelheiten über die Affäre werden geheim gehalten.

Die Ausgaben für das Schulwesen

Das Internationale Erziehungsbüro in Genf veröffentlicht die Ergebnisse einer Rundfrage, die über die Schulausgaben in den verschiedenen Staatsbudgets veranstaltet worden ist. In Europa nimmt in dieser Hinsicht Dänemark mit 20,7 Prozent ein, an zweiter Stelle folgt Holland (19,2 Prozent). Dann Preußen (16,5 Prozent), Island, Island und Schweden, wo der Prozentsatz 15 beträgt, und Polen mit 14,7 Prozent. Für Spanien beträgt der Prozentsatz 5,3, für Italien 3,7, für die Türkei ebenfalls 3,7. In Amerika steht Panama mit 19,5 Prozent an erster Stelle. Dann kommt Kuba (17,8 Prozent); die letzte Stelle nimmt Venezuela mit 4,8 Prozent ein. In Asien stehen die Philippinen (11 Prozent) an der Spitze von Japan (6,8 Prozent). In letzter Stelle steht Siam (2,4 Prozent).

Deutsches Reich Schmelzing außer Gefecht

Schon am Tage nach seiner Rückkehr hat Weltmeister Max Schmelzing die Berliner Universitäts-Augenklinik aufgesucht, um Prof. Adam wegen einer im Kampfe mit Stribling erlittenen Verletzung des linken Auges zu konsultieren. Bekanntlich hat Stribling in Cleveland seinen Gegner schon in einer der ersten Runden mit dem Daumen ins Auge getroffen, und Schmelzing hatte seither fortwährend Beschwerden. Prof. Adam hat nach der Untersuchung dem Weltmeister empfohlen, vorläufig auf jedes Training zu verzichten, um die Sehkraft des Auges nicht zu gefährden.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jurek. Für Kunst und Literatur: Erich Lewenthol. Für die Teile: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jurek. Für den Abdruck redaktioneller Teile und für die Abdrucke: Die Zeit im Bild: Alexander Jurek. Für den Abdruck: und den Abdruck: Hans Schwarzopf. Verlag: Posener Tageblatt. Druck: Concordia Sp. A. G. Schmelzing in Berlin, Wintergärten 6.

Keine Aussicht auf Frieden zwischen Vatikan und Faschismus

Auf das Rundschreiben des Papstes an die Bischöfe der ganzen Welt über den Konflikt mit der faschistischen Regierung hat Mussolini bis heute noch nicht geantwortet. Nur die Tatsache ist festzustellen, daß die faschistische Presse einstimmig gegen die Kurie zu Felde zieht, so daß die Gegenläufe eher vertieft als beigelegt werden. Die Presse erklärt das Vorgehen des Papstes und das entsprechende Verhalten der Bischöfe Italiens als eine offene Kriegserklärung an das faschistische System. Sie macht der Kurie zum Vorwurf, daß sie seit der Aufrufung der faschistischen Herrschaft nichts unternommen habe, was die bestehenden Gegenläufe hätte mildern können. Das Vorgehen der Kurie verhindere den letzten Schritt zur Einigung Italiens. Der Sturm der faschistischen Presse richtet sich in erster Linie gegen den Klerus, in dem sie den entscheidendsten Feind der italienischen Einheit zu sehen glaubt. Es ist nicht anzunehmen, daß Mussolini es bei dieser Pressefehde bewenden läßt und das päpstliche Rundschreiben nicht mit einem amtlichen Schritt beantworten wird. Aber im Augenblick scheint man sich im Palazzo Chigi noch nicht darüber im klaren zu sein, welchen Schritt man unternehmen will.

Marshall Pilsudski in Wilna

Warschau, 16. Juli. (Eig. Telegr.) Marshall Pilsudski hat sich gestern nachmittag in Wilna aufgehalten und wurde bei dieser Gelegenheit von den Wojewoden und anderen Würdenträgern feierlich empfangen und bewirtet.

Am 15. Juli nachmittags 3 Uhr verschied sanft im
gelegenen Alter von fast 92 Jahren unsere liebe Tante, die

Stiftsdame

Fräulein Wanda Bardfeld

Ihr Leben war Liebe und Güte.

Im Namen der Hinterbliebenen

Karl Bardfeld.

Posen, Dsnabrud, Saarbrücken. Dsnabrud, Krahnsstr. 20.

Beerdigung Sonnabend, 18. Juli, nachmittags 5 Uhr vom
Garczynskifriedhof, Wilsa, nach dem Matthäi-Friedhof.

Nach Porzellan und Glas

nur direkt zur Porzellan-
Großhandl. **Wroniecka 24**
(Hof), dort werden jedem
Tischservice f. 12 Pers. 59 zł,
Kaffeefervice . . . 81/2
Bedgläser . . . 0,75
Gläser . . . 0,10
Bedapparate . . 16,50
Bajagarnitur 7,50 verkauft.

Belze Pelzfutter Neuheiten

zu Engros-Preisen
Gerrenpelze unter Preis.
B. Hankiewicz Poznań,
ul. Wielka 9 (Bing. ul. Seewska)

Stille den Durst

mit Kanolds Apfelsinen- und Zitronen-
Pastillen. Sind hervorragend! Zu haben
im Schokoladen- und Zuckerwarengeschäft

W. Patyk, Al. Marcinkowskiego.
Neben der Post.

Bücherrevisor, Steuer- und Finanzierungsspezialist

übernimmt billig deutsch-polnisch: Buchrevisionen, Bi-
lanzen, Steuer-Deklarationen und Reklamationen, Ge-
schäfts-Führungen u. Sanierungen usw. Off. erbeten
u. 1287 a. d. Geschf. d. Bta., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Deering - Eckert

Getreidemäher
Vorderwagen
Schleifsteine
Pferderechen
Ersatzteile zu allen Mähmaschinen
offertiert

Woldemar Günter

Landmaschinen

Poznań, Telefon Nr. 52-25

Seew. Mielżyńskiego 6.

Vom Freitag, den 17. Juli 1931

Billiger Saison-Verkauf

zu bekannt herabgesetzten Preisen.

Herrn-Hüte weich, schwarz u. farbig . . v.	350	Oberhemden bunt mit 2 Kragen, Zephyr . . v.	690	Stehumlege-Kragen , steil u. Piqué — prima alle Gr. v.	095
Haarhüte Prima mod. Farben u. Façons v.	1950	Sporthemden mod. Farben u. Façons v.	850	Selbstbinder seid. lange u. kurze . . v.	095
Strohüte Prima, m. grad. Rand, klein. Weit. v.	350	Oberhemden Rips und Panama m. 2 Kragen v.	950	Unterhos. u. Hemden Macco preiswert . . . v.	295
Sportmützen f. Herren u. Knaben . . v.	145	Nachthemden mit bunt. mod. Besatz v.	790	Netzhemden Prima Qualitäten . . . v.	390
Damen-Schirme modern u. elegant . . v.	690	Pouplin-Hemden m. 2 Kragen auch Schillerkr. v.	1750	Garnituren bunt, Hose mit Jacke v.	890
Herrn-Schirme Mod. Griffe, gr. Auswahl . . v.	890	Schiller-Kragen sowie Vorh. m. Kragen .	095	Socken bunt, prima mod. Farben	095
Trench-Coats moderne Façons . . . v.	1950	Hosenträger Gummi für Herren u. Knaben v.	045	Sportstrümpfe modern, große Auswahl v.	295
Gabardine-Mäntel prima Qualitäten . . . v.	8900	Sockenhalter Gummi sowie Aermelhalter . . v.	045	Sport-Gürtel Leder, sehr billig . . . v.	195

Grosse Auswahl: Pyjamas, Sommer-Schlafröcke, Plaids, Pantoffeln, Pullovers, Hand-
schuhe, Stöcke, Bade-Hosen und -Kostüme

10% Rabatt

Auf sämtliche Waren mit nichtreduzierten
Preisen erteile bei Barzahlung

Rabatt 10%

Rabatt ebenfalls im zweiten Geschäft ul. 27. Grudnia 4.

The Gentleman

Własc. Stefan Schaefer

ul. Nowa 1.

POZNAŃ
TELEFON 31-69.

ul. Nowa 1.

Kunden-Werbung
nur durch Inserate im
Posener Tageblatt

Wäsche billiger!

**Damen-,
Kinder- und
Bettwäsche**

eigener solider Her-
stellung zu herab-
gesetzten Preisen
empfiehlt

H. Wojtkiewicz,
Poznań, Nowa 11.

Krankheits- **Teilhhaber** für ein guteingeführtes
halber Suche und rentables Engros-
geschäft. Generalvertretung einer der größten Weltfabrik.
Kapital ca. 50000 bis 60000 zł erforderlich. Off. u. 1524
an die Geschf. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6

**Gebr., verzinkten, rostfreien
Stacheldraht**

4 Stacheln, sehr gut erhaltene, ausgefuchte Ware in
fabrikmäßigen Rollen von ca. 50 kg, 1000 r. ca. 135 kg,
50 kg 36 zł gibt ab

P. PRYGOŁE
Eisenhandlung — Krotoszyn.

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen
Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Kleine Anzeigen

Abschreibewort (fett) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Zimmer

Telefon, elegant, sauber,
best. Haus. Grzelachowska
Matejki 1, GdeGrunwaldzka

3-5 Zimmer-

Wohnung direkt vom Wirt,
gegen Vorauszahlung der
Miete nach Vereinbarung
sicher gesucht. Offerten u.
1514 a. d. Geschf. d. Bta.

63 Zimmerwohnung

hochherzhaft, mit sämtlich-
Komfort, in schöner Villa,
einf. mit Garage, direkt vom
Hausbesitzer f. zu vermieten
Poznań, Marynarska 9, 1.

Zimmer

elegant, mit Pension oder
ohne, zu vermieten. Waly
Zygmunta st. 6, W. 9.

Zimmer

sonnig, möbl., elektr. Licht,
zu vermieten.
Slowackiego 42, II, rechts.

Suche

2-3-Zimmerwohnung, Off.
u. 1542 a. d. Geschf. d. Bta.

6-8 Zimmer-

Wohnung,
nur Zentrum, nur hochpart.
oder I. Etage, mit all. Kom-
fort gesucht. Off. u. 1533
an die Geschf. d. Bta.

Landaufenthalt

in deutscher Familie (Forst-
haus) für 15 jährl. polnischen
Gymnasiasten zwecks deutsch.
Sprache gesucht. Off. unt.
1536 a. d. Geschf. d. Bta.

SaisonAusverkauf

für sämtliche Tricotagen u.
Strümpfe. Auf meine billig.
Engros-Preise gewähre ich
während des Ausverkaufes
noch 10% Rabatt. Ferner
wird Maschinenfall bei Strümp-
fen u. m. j. n. f. repariert.
Dom Trykotazy (Trico-
tagen-Haus) Majstalarzka 6
Bitte genau auf die Firma
zu achten.

Stuhlflügel

schwarz, „Carl König“
Dresden, Poljanberflügel
„Jofef Jris“ Wien gibt
günstig ab Poznań Dom Kom-
sowy, Dominikańska 3,
Tel. 2442 gegenüb. d. Kirche.

Eiserne Bettstellen

Kinder - Bettstellen, Brat-
kasten, Sandkasten, Fenster-
verkauf billig. Eig. Fabrikat.
Droga Debińska 12
Kasztelan, Telefon 27-46.

Suche

für meinen Brennereibe-
walter, 32 Jahre beim Fach,
Stellung als solcher. Beymo
Włoskiejewki, p. Książ.
Wohnungen an
Petzelt, Włoskiejewki.

Dienstmädchen

in Kochen u. Plätten erfahr.,
zu sofort. Antritt in mittl.
Provinzstadt gesucht. Zeug-
nisabfahr. u. Gehaltsantr.
u. 1547 a. d. Geschf. d. Bta.

Mädchen

jung, zuverlässig, deutsch
und polnisch sprechend, auf
Silberfuchsfarm gesucht.
Biedermann, Tomnic,
pow. Krotoszyn.

Bedienungsfrau

sauber und ehrlich, sucht
Bedienungs- und Wajch-
stellen. Josefa Gruchot,
ulica Podgórna 12 bei
Nowicki.

Schneiderin

evangel., sucht Stellung als
Gehilfin. Off. unt. 1532
an die Geschf. d. Bta.

Fräulein

zum Verkauf, Deutsch und
Polnisch in Wort u. Schrift,
unfähig, freundlich, findet
Vertrauensstellung. Off. unt.
1531 an die Geschf. d. Bta.

Büroanfängerin

sucht Stellung. Off. unt.
1522 a. d. Geschf. d. Bta.

Pflegerin,

katholisch, mit langjährigen
Zeugnissen u. guten Koch-
und Nähtkenntnissen, deutsch
und polnisch sprechend, die
die Kranken- u. Säuglings-
pflege gelernt hat, sucht
Stellung. Off. u. 1528
a. d. Geschf. d. Bta.

Mahagonimöbel

zu verkaufen. Off. u. 1541
an die Geschf. d. Bta.

Schlafzimmer

(Eiche), Schrank 180 breit,
echt Marmor mit Spiegel,
billig für 825 zł abzugeben.
Tischlerei Szyperska 3.

Englisch und Französisch

erteilt M. Dolgow,
Aręta 24, II. Stock links.
Anmeld. 6-8 Uhr abends.

Verkaufe

erf. Hühnerhund, br. kurz
im 5. Felde, Preis 150 zł
Penko, Bojanowo, Tel. 49.

Salon

antik Mahagoni, Klubgar-
naturen, „National“-Kaffen,
Löffelapparate „Minimag“,
Spiegel im Rahmen od. ohne,
Schreibmaschinen, Restau-
rantstühle, Büros, Restau-
rant- und Schneidertische,
Rollschreibtisch, einige erlit-
telt. Damenmäntel u. Klei-
der gibt günstig ab Poznań.
Dom Komisowy, Domini-
kańska 3, Telefon 2442 ge-
genüber der Kirche.

Bebaut. Grundstück

Kat. o. n. n. 1. Morgen
groß, verträglich. Off. unt.
1535 a. d. Geschf. d. Bta.

Weißer Mause.

Wer züchtet solche u. liefert
sie regelmäßig an Labora-
torien. Offert. u. 1544
an die Geschf. d. Bta.